

# Dresdner Blättl

**Gläsernes Rathaus**  
vorerst letzte Ausgabe



Herausgeber Bildungsverein Rosa-Luxemburg e.V. / Gläsernes Rathaus i.A. der Linksfraktion.PDS im Dresdner Stadtrat

**Wir pflanzten einen Baum**





# Was war, was bleibt, was wird ...

## Ein Kommentar zur Bilanz

Von Reinhard Heinrich

Liegen jetzt fast 20 Jahre Dresdner Blätt'l hinter uns - oder liegen sie vor uns? Dialektisch gesehen ist beides wahr. Natürlich liegt eine Zeit hinter uns, in der vieles gewachsen - und vieles unter die Räder gekommen ist.

Eine Zeit von Kämpfen, von Stillhalten und Abwarten, von geduldigem Suchen und ungeduldigem Drängen. Es waren immer die handelnden Menschen, die den Charakter der Zeit - und also der Zeitung - bestimmt haben.

Wir als Redaktion hatten kaum Einfluß auf die Inhalte - wohl aber auf die Autoren der Inhalte. Wo wir gedrängt haben, da schrieben sie - manchmal. Wo wir nichts bestellt hatten - da kamen die Beiträge oft reichlich. Die Flut der Texte zu ordnen und „verdaulich“ zu präsentieren, sahen wir als unsere Aufgabe an.

Herausgekommen sind 19 Jahrgänge einer Zeitung, die eine Entwicklung und einen Verfall dokumentiert. Wie anders soll man den Weg vom Aufbruch zum demokratischen Sozialismus hin zur Wiederherstellung einer „Partei, die immer Recht hat“, sonst nennen?

### Was war?

Sage niemand, er habe gewußt, was genau zu tun ist. Im Jahre 1990 gab es einen übrig gebliebenen Stamm von SED-Menschen,

teils bereit, die Veränderungen zu ertragen, teils bereit, sie zu gestalten.

Auf jeden Fall wurde endlos diskutiert. Mehr als vierzig Jahre „demokratischer Zentralismus“ wollten kompensiert werden. Jetzt redeten Menschen, die lange geschwiegen hatten. Das Bedürfnis war da und wurde erkannt. Und da sich langsam die Marktwirtschaft über die Noch-DDR ausbreitete, wurde aus dem DDR-Wort „Bedürfnis“ nach Austausch das marktwirtschaftliche Gegenstück - der „Bedarf“ an einem Kommunikationsorgan abgeleitet. Das „Dresdner Blätt'l“ war geboren - zunächst in den Köpfen. „Bedarf“ definiert die Marktwirtschaft als „zahlungsfähige Nachfrage“. Bedürfnisse sind individuell und verschwommen. Wer erfolgreich Bedürfnisse befriedigt, tut etwas Gutes. Wer einen Bedarf befriedigt, erobert ein Stück Markt. So viel wissen wir heute.

Die PDS in Dresden 1990 war entschlossen, ihr eigenes Stück Politik-Markt zu erobern. Abstrakt meßbar an Wahlergebnissen, in Konkurrenz zu den reichen und mächtigen Parteien, die allesamt ihre Zentralen im Westen hatten. Unser Ziel hieß, Menschen zu gewinnen, die unserer Partei die Politik auch wirklich abkaufen. „Unsere Menschen“, die von der SED angeeigneten, vereinnahmten, waren uns davongelaufen. Es gab je-

doch die Chance, neues Vertrauen zu erwerben, in mühsamer Kleinarbeit, mit Transparenz, Offenheit und Ehrlichkeit.

Dazu bestens geeignet war diese Zeitung, für einige wenige Ausgaben zunächst internes Mitteilungsblatt der Partei. Auflage 14.000 Exemplare - es reichte zuerst wirklich nur für die Mitglieder in Dresden.

Anders stellte sich die Lage plötzlich mit dem Einzug einer PDS-Fraktion ins Rathaus dar. Nach einem Erfahrungsaustausch (der „billigsten Investition“) mit der DKP-Fraktion im Stadtrat zu Tübingen in Baden-Württemberg erhob die PDS im Rathaus Dresden ebenfalls den Anspruch, sich an die Öffentlichkeit zu wenden. „Gläsernes Rathaus“ hatte Tradition - in Tübingen und anderswo, wie man uns sagte. Und es war eine linke Tradition. Heute wären die „antikapitalistischen“ Rechten möglicherweise dankbar, stünde ihnen solch ein Zugang zu einem Stück Bürgernähe zur freien Verfügung. Aber 1990 haben wir ihn besetzt - von links.

### Was wurde?

Nachdem mit Hilfe der Leserkonferenz 2006 das Dresdner Blätt'l dem erklärten - und erklärungsbedürftigen - „Bedürfnis“ folgen sollte, wieder mehr ein Orientierungsorgan für „unsere Menschen“ zu werden, jedoch gleichzeitig ein Beschluß des Stadtvorstandes der Linkspartei.PDS den Geldhahn demonstrativ zudrehte, war eine historische Parallele zur ISKRA entstanden. Bekanntlich wurde

der Endredakteur der ISKRA Nr. 1, ein gewisser W.I. Uljanow, zum entschiedenen Gegner der Zeitung, als die Redaktion bei der erfolgreichen Spaltung der Partei in Bolschewiki und Menschewiki (London 1903) irgendwie auf die „falsche Seite“ geraten war.

Mit Spaltungen gibt es also über hundert Jahre Erfahrung. Man spaltet eine Partei, eine Fraktion, eine Zeitung - und ganz unvermutet auch die Wählerschaft. Uups - das hätte jetzt nicht passieren dürfen. Aber beim nächsten Mal wird alles anders, „die Enkel fechtens besser aus“ - so klingt es seit 1918.

Doch Parallelen der Zeitungsgeschichte müssen wir nicht allein bei der ISKRA suchen. Bis 1990 hatten „gute Genossen“ selbstverständlich Neues Deutschland abonniert. Und genau so selbstverständlich brauchten sie es nicht zu lesen - man wußte ja, was drin steht. Das war Verlässlichkeit - in Stagnation. Man „tut was für die Revolution und weiß, mit dieser Partei kommt sie ganz bestimmt nicht.“ - läßt 1930 ein gewisser Kaspar Hauser (Tucholsky) sinngemäß einen älteren, aber leicht besoffenen Herrn sagen. Ganz das Gegenteil erlebte unsere Zeitung, als ein erklärter Gegner (A. Koenitz) beim intensiven Studium unserer aktuellen Ausgabe „erwischt“ wurde und sich mit den Worten rechtfertigte: „Ich muß doch wissen, was drin steht.“ Ein höheres Lob ist uns in all den Jahren nicht zu Teil geworden. Das Lesen der Zeitung wird für schädlich erklärt und „nur zur Sicherheit“ nehmen „Auserwählte“ stellvertretend die unerhörte Gefahr auf sich, die von diesen Seiten ausgeht.

### Was ist?

Im OB-Wahlkampf 2008 war es dem OB-Kandidaten vorbehalten, „richtungweisende Beschlüsse“ à la Politbüro zu verkünden, darunter auch das Urteil, Mitarbeit an unserer Zeitung sei eine parteifeindliche Handlung. Von uns aus hätten wir uns dazu vielleicht nicht entschließen können, aber der Vorschlag klang schon verlockend. Man läßt sich pauschal als Feind abstempeln und entgeht der Mühe des Denkens. Was aber, wenn man den uralten Zielen dieser Partei seit 20, 30, 40 Jahren oder länger treu gefolgt ist? Kann das Urteil dieses Neu-Mitglieds (seit 2007) unsere Haltung so verändern? „Denken ist schwer, darum urteilen die meisten.“ - sagt Carl Gustav Jung, schweizer Psychoanalytiker, (1875-1961).

Man kann 19 Jahre Dresdner Blätt'l sehen wie man will. Aber es wird schwer, es nicht zu sehen, die Augen davor zu verschließen. Manche schaffen das natürlich trotzdem. Denen ist halt nicht zu helfen.



2. Wahlperiode: Die Stadträte Ronald Weckesser, Ilona Schär und Marina Brandt, rechts Bernd Trepte



# Prolog

Von Ronald Weckesser und Christine Ostrowski

Ein »Abschiedsblätt'l« zum Ende der letzten, in Dresden von der PDS aufgestellten und einem knappen Viertel der Wählerinnen und Wähler beauftragten Stadtratsfraktion verleitet geradezu zu Selbstlob.

Umso mehr, da es von jahrelang meinungsprägenden Akteuren der Dresdner PDS/LINKEN selbst in Auftrag gegeben und verfasst wurde, die zudem aus der aktiven Politik vorerst definitiv ausscheiden. Das provoziert zumindest fast zwangsläufig einen derartigen Verdacht.

Dessen sind sich die Autoren bewusst. Sie wollen einerseits bestrebt sein, dieser Versuchung zu widerstehen.

Andererseits wollen sie verdeutlichen, dass der von den Wählerinnen und Wählern zugewiesene, über viele Jahre steigende Einfluß auf die kommunalen Entscheidungen weder Konsequenz hyperambitionierter Parteitagsbeschlüsse und rabiater Kampfrhetorik ist, noch den Zufällen und Unwägbarkeiten des politischen Prozesses zu danken war.

Sie wollen belegen, dass es sich um Arbeitsergebnisse handelt, in denen sich inhaltliche sowie personelle Kontinuität, mithin Ernsthaftigkeit, Berechenbarkeit und Erkennbarkeit widerspiegeln.

Und noch einer weiteren Versuchung ist zu widerstehen. Jener nämlich, nun noch ein letztes Mal öffentlich »mit der Undankbarkeit des Schicksals zu hadern«, noch einmal »abzurechnen«.

Wir meinen, auch das ist weitgehend gelungen. Die Artikel veranschaulichen – anhand ausgewählter Themen – vor

allem die großen Linien der Politik der Fraktion und ihre Entwicklung.

Begonnen hatte alles mit den Themen, die Linken wohl angeboren sind: Frieden, Solidarität, Gerechtigkeit, und Antikapitalismus.

Weitere Themenkomplexe sind aus gemeinhin ebenfalls als links verdächtigten Gebieten übernommen worden, so beispielsweise ökologische Themen oder der Widerstand gegen Verkehrsbauvorhaben.

Dazu – seinerzeit ganz selbst-

prophylaktische Sozialpolitik ist.

Eine Konzentration auf die soziale Frage – im engeren Sinne gar noch in der reduzierten Form von Barmherzigkeitspolitik – ist a priori im Nachtrab. Ihr bleibt immer die zwar notwendige, aber eben nur reagierende Funktion, die sozialen Scherben verfehlter Infrastruktur-, Verkehrs- und Wirtschaftspolitik anderer zusammen zu kehren.

Eine zunehmend zentrale Rolle in unserer Arbeit spielte

Das beginnt mit den Fragmenten von 1990. Es setzt sich fort im ersten zusammenhängenden Programm von 1994, führt weiter im Programm »Dresden – Die soziale Stadt« von 1999, dann dem Programm »Dresden für Dresden« von 2004 und schließlich der Zwischenbilanz »ZIEL 2009« von 2007.

Mit Genugtuung können wir heute feststellen, noch nie so zahlreich unsere Ziele realisiert zu haben wie uns das in der letzten Wahlperiode mit dem Kommunalwahlprogramm »Dresden für Dresden« gelungen ist.

Unsere Lern- und Erkenntnisprozesse lassen sich selbstverständlich auch praktisch anhand unserer Anträge belegen.

Die Ernsthaftigkeit der politischen Auseinandersetzung wurde in den vielen öffentlichen thematischen Konferenzen deutlich, die der geistigen schließlich anhand zahlreicher Blätt'l-Artikel.

Parallel zu dieser letzten Ausgabe wird zugleich eine Gesamtausgabe aller Dresdner Blätt'l und Sonderausgaben so-

wie der genannten Programme in digitaler Form vorgelegt.

Damit ist auch der Nachweis möglich, dass unsere Arbeit ständig transparent und unter tatsächlicher Einbeziehung der Partei vonstatten ging.

Demokratische Mitwirkung war für uns nicht nur eine gegen andere erhobene Forderung, sondern zuerst selbstverständlich eingelöster Anspruch gegen uns selbst. Auch dieser von der Fraktion zurück gelegte Weg wird nachvollziehbar, einschließlich aller Umwege und Irrtümer. Doch am Spielende zählen die Tore. Und diese Bilanz scheint uns gar nicht so schlecht.



Großaufsteller der Dresdner PDS zur Wahl 1994, gestaltet von Carla Weckeßer

verständlich – die »Verteidigung des Ostens«, mithin der DDR.

Am treffendsten umschrieben wurde dieses Konglomerat auf uns damals unbekanntem, als feindlich empfundenem Terrain mit dem seinerzeit gängigen Begriff vom »Gefühlssozialisten«.

Doch mit der Zeit sind – über die Jahre hinweg – immer mehr die sogenannten »harten Themen« in den Fokus unseres Denkens und Handelns gerückt, was zur Erkenntnis reifte, dass dort die Weichen für das soziale Zusammenleben gestellt werden: dass Infrastrukturpolitik beispielsweise

daher auch die Haushalt- und Finanzpolitik.

Das alles hatte keinesfalls eine Vernachlässigung bisher nicht genannter Themen wie Kultur- und Bildungspolitik zur Folge.

Doch diese gehörten weit selbstverständlicher in den erstgenannten Bereich und drängten sich – in einer Stadt wie Dresden – ganz von selbst auf. Auch personell waren sie durchweg fachkundig und prominent besetzt.

All diese Lern- und Erkenntnisprozesse lassen sich in den Kommunalwahlprogrammen der Dresdner PDS nachvollziehen.



## Gewählte PDS-Stadträte 1990

1	Prof. Manfred Balarin (verstorben)
2	Prof. Siegfried Börngen (verzogen)
3	Prof. Klaus Fiedler (Mandatsniederlegung)
4	Hilde Schmidt (Mandatsniederlegung)
5	Dr. Joachim Adolphi
6	Rudolph Clauß
7	Peter Franz
8	Christiane Fuchs
9	Dr. Klaus Karich
10	Dr. Rainer Kempe
11	Bernd Koschitzki
12	Bernd Kulbe
13	Gunild Lattmann
14	Michael Schmidt
15	Prof. Horst Schneider
16	Prof. Dieter Teichmann
17	Dr. Annerose Templin
18	Ronald Weckesser
19	Dr. Anne-Katrin Olbrich
	Friedrich Boltz (Nachrücker)
	Ralf Braun (Nachrücker)
	Peter Frohberg (Nachrücker)
	Sabine Wenk (Nachrückerin)

Die Fraktion brachte 24 Anträge ein. In den Ortsbeiräten hatte die PDS 20 Sitze.

Von den weiteren Stadträten hatten wir aus dem Jahr 1990 keine Fotos mehr. Schade.



Klaus Fiedler Gunild Lattmann Bernd Koschitzki Rudolf Clauß



Peter Franz Hilde Schmidt Klaus Karich Bernd Kulbe



Horst Schneider Jochen Adolphi Ronald Weckesser Peter Frohberg Christiane Fuchs

## Gewählte PDS-Stadträte 1994

In den Ausschüssen hatte die PDS-Fraktion 2 von 11 Sitzen.

Von insgesamt 158 Sitzen in den Ortsbeiräten hatte die PDS 35 Sitze.

Die Fraktion stellte 194 Anträge (ohne formale).



1	Dr. Martina Blau (Mandatsniederlegung)
2	Marina Brandt
3	Andrea Hutschenreuter
4	Dr. Rainer Kempe
5	Eberhardt Kirchhof
6	Bernd Kulbe
7	Barbara Lässig
8	Andreas Naumann
9	Christine Ostrowski
10	Dr. Jürgen Rasch (Mandatsniederlegung)
11	Ilona Schär
12	Prof. Dr. Dieter W. Scheuch
13	Michael Schrader
14	Prof. Dr. Dieter Teichmann
15	Ronald Weckesser
16	Angelika Zerbst
	Tilo Kießling (Nachrücker)
	Marion Jennrich (Nachrückerin)

Gruppenfoto unserer Stadtratsbewerberinnen und -bewerber für das Wahlplakat 1994 im Garten des alten „Haus der Begegnung“ auf der Franz-Liszt-Straße 13.



## Gewählte PDS-Stadträte 1999

12 der 18 gewählten Stadträte der PDS am Wahltag 1999 vor dem neuen „Haus der Begegnung“ auf der Großenhainer Str. 93

1	Dr. Cornelia Ernst
2	Kristin Kaufmann
3	Dr. Rainer Kempe
4	Tilo Kießling
5	Katja Kipping (Mandatsniederlegung)
6	Barbara Lässig
7	Dr. Ralf Lunau
8	Jens Matthis
9	Dr. Bernd Möller (Mandatsniederlegung)
10	Andreas Naumann
11	Christine Ostrowski
12	Andrea Rump
13	André Schollbach
14	Michael Schrader
15	Anja Stephan
16	Prof. Dr. Dieter Teichmann
17	Ronald Weckesser
18	Angelika Zerbst
	Jana Gaitzsch (Nachrückerin)
	Monika Aigner (Nachrückerin)



In den Ausschüssen hatte die PDS-Fraktion 2 von 11 Sitzen.  
 Von insgesamt 158 Sitzen in den Ortsbeiräten hatte die PDS 45 Sitze.  
 Die Fraktion stellte 188 Anträge (ohne formale).

## Gewählte PDS-Stadträte 2004

1	Monika Aigner
2	Dr. Cornelia Ernst (Austritt 2007)
3	Jana Gaitzsch (Austritt 2007)
4	Peter Herpichböhm
5	Kristin Klaudia Kaufmann (Austritt 2007)
6	Dr. Rainer Kempe
7	Tilo Kießling (Austritt 2007)
8	Barbara Lässig (Austritt 2009)
9	Dr. Ralf Lunau (Mandatsniederlegung wg. Wahl als Beigeordneter)
10	Ingrid Mattern (Austritt 2008)
11	Jens Matthis (Austritt 2007)
12	Andreas Naumann (Austritt 2007)
13	Christine Ostrowski
14	Andrea Rump
15	André Schollbach (Austritt 2007)
16	Ronald Weckesser
17	Angelika Zerbst



In den Ausschüssen hatte die PDS-Fraktion 3 von 11 Sitzen.  
 Von insgesamt 158 Sitzen in den Ortsbeiräten hatte die PDS 39 Sitze.  
 Die Fraktion stellte 98 Anträge (ohne formale).

## Ergebnisse der Stadtratswahlen seit 1990

	1990	1994	1999	2004
<b>CDU</b>	39,3 %	34,2 %	42,8 %	28,2 %
<b>PDS</b>	15,3 %	22,2 %	24,2 %	23,8 %
<b>SPD</b>	9,6 %	14,7 %	13,2 %	11,5 %
<b>Grüne</b>	11,9 %	8,3 %	5,8 %	12,1 %
<b>FDP</b>	5,5 %	4,8 %	4,0 %	7,3 %
<b>Sonstige</b>	18,5 %	15,8 %	10,0 %	17,10 %



### Lässig's erster Stadtratsantrag

1994 wurde ich das erste Mal in den Dresdner Stadtrat gewählt. Am 7. September 1995 stand mein erster Antrag „Eislauf-Rollschuhlaufunterricht im Ostragehege“ auf der Tagesordnung: Die Stadt Dresden unterstützt das Angebot des ESCD e. V., Eislauf- und Rollschuhlaufunterricht für die Schüler der 4. Klassen der Schulen in der Stadt Dresden anzubieten. Für den Transport der Schüler zum Ostragehege werden jährlich Mittel in Höhe von 50.000,- DM aus dem Stadthaushalt bereitgestellt.

Deckungsvorschlag: 10.000,- DM aus Zuschuss Kantine im Rathaus sowie 40.000,- DM aus Zuschuss für Erholungsstätten der Stadt.

Dieser, mein erster eigener Antrag wurde mit übergroßer Mehrheit angenommen.

Und das Beste: dieser Bus fährt heute noch die Kinder in die neue Eisarena!

### Zwei von wenigen aktuellen Stunden des Sports

1999

Im Februar 1999 gab es eine aktuelle Stunde zur Sportkonzeption. Ich führte aus, dass es gut sei, dass man jetzt eine Einteilung der kurz-, mittel- und langfristig erforderlichen Maßnahmen habe. So sei man wenigstens ein bisschen darauf vorbereitet, welcher marode Teil, nicht nur ererbter Teil, als nächstes zusammenfällt und wo möglicherweise vorher entsprechende Löcher gestopft werden können.

Wiederholt hatte ich aus der Verfassung des Freistaates „Das Land fördert die sportliche Betätigung sowie der Austausch auf diesen Gebieten...“ zitiert.

Ich mahnte an: „Obgleich alle wissen, dass der Sport einer der sinnvollsten Freizeitprävention ist

# Der sportliche Teil des von der PDS-Fraktion gepflanzten Baumes

Von Barbara Lässig

und beim Sport Sozialarbeit geleistet wird, die unbezahlbar ist“, lässt man nach wie vor zu, dass der Sport auch in Dresden nicht den gebührenden Stellenwert erhält, den er benötigt.

Ich stellte weiterhin fest, dass es nach der Mittelbereitstellung für den Sport nur noch eine Frage der Zeit sei, bis die Mitarbeiter des damaligen Sportamtes die Nägel, Zaunslatten, die Farben, den Rasenmäher und den Draht von zu Hause mitbringen müssen, um Notreparaturen an kommunalen Sportobjekten durchführen zu können.

Ich konnte aber auch resümieren, dass man gerade im Bereich des Sports teilweise (einerseits bedauerlich – andererseits wohlwollend erlebt) mehr durch außerparlamentarische, als durch parlamentarische Arbeit erreichen kann. Es ging hier um das gerade in Leben gerufene Nachtskaten, dass eben in keiner Sportkonzeption stand, sondern sich aus dem Alltag ergeben hatte.

2002

Im Frühjahr 2002 führte ich vor dem Rat aus, dass vor allem die Kommunalpolitiker ganz klar sagen müssen, wie sie die gewünschte Entwicklung für den Sport unterstützen und fördern wollen, selbstverständlich einschließlich entsprechender Budgetentscheidungen, die bei den Haushaltdebatten anstehen.

Desweiteren habe ich folgende Aufgaben und Fragen gestellt:

Welche Sportarten passen zu Dresden und wie sollen diese Sportarten besonders gefördert werden?

Welche hochrangigen Sportveranstaltungen passen zu Dresden, sichern überregionale Medienpräsenz und lassen sich in ein Marketingkonzept der Stadt einbinden?

Wie sollen diese Sportveranstaltungen besonders gefördert werden?

Wie wird die Olympiabewerbung Sachsen mit einbezogen?

Welche Organisationsformen sichern ein sportliches Grundangebot für die Dresdner?

Welche Sportarten und Sportformen soll dieses Grundangebot umfassen?

Welche Sportstätten sind für die noch zu bestimmenden Schwerpunktsportarten notwendig, wie sollen diese erhalten bzw. geschaffen werden?

Mir fehlten zum damaligen Zeit-

punkt Aussagen und Handlungsvorschläge zu den strategischen Zielen der Sportentwicklung in Dresden, wie z.B.:

- zur Funktion des Sports für den Wirtschaftsstandort Dresden
- zur Funktion des Sports im Rahmen eines Standortmarketing
- zur Funktion des Sports im Rahmen der Jugendpflege
- zur Funktion des Sports im Rahmen der Seniorenbetreuung
- zur Funktion des Sports im Rahmen der Behindertenbetreuung
- zur Funktion des touristischen Sports und damit zur Verjüngung der „überalterten“ Dresdner Touristen

Ich regte weiter an, dass Wissenschaftler unseres Hochschulstandortes Dresden mit einbezogen werden und der Dresdner Sport dringend eine engere Zusammenarbeit in der kommunalen Verwaltung untereinander (Sportstättenbetrieb, Schulverwaltungsamt, Planungsamt, Wirtschaftsförderung), zur Wirtschaft, zu Wissenschaftlern unseres Hochschulstandortes und zu städtischen Unternehmen (Dresden Werbung und Tourismus GmbH, Messe Dresden, DVB, VVO) benötigt.

Bis auf die mittlerweile sehr gute Zusammenarbeit zwischen Sport und DVB und VVO, könnte ich o. g. Forderungen und Formulierungen wieder anführen.

### Außerparlamentarische Aktivität – Dresdner Nachtskaten

Das Dresdner Nachtskaten, konnte ich mit einigen Skatebesessenen, nach mehreren Skateranträgen im Dresdner Stadtrat initiieren.

Damit waren wir Dresdner nach San Francisco und Paris die erste Stadt Deutschlands, die das Nachtskaten durchführten. Am 8. Mai letzten Jahres konnten wir als erste Stadt in Deutschland den 10. Geburtstag feiern.

Neben dem Fleiß und unserer Hartnäckigkeit gab es zum Teil glückliche Umstände, dass dieses ausschließliche Freizeitvergnügen mit kleinen Hindernissen dennoch „hoffähig“ gemacht werden konnte.

Mittlerweile ist das Dresdner Nachtskaten soziales Erlebnis und moderne Stadtkultur. Aktivität verschmilzt dabei mit Unterhaltung und Toleranz unabhängig von Alter, Religion, Nationalität oder Geschlecht.

Mit Spaß und Bewegung wird der graue Asphalt zum gemeinsamen Lebensraum für viele Menschen und Gäste der Stadt. Ohne Eintritt, ohne öffentliche Hand, bei 100%-iger Finanzierung durch Sponsoren und Spendern wurde das Stadtimage verbessert. Es entwickelten sich Partnerschaften zwischen Verein „Dresden skatet e. V.“, Polizei, medizinischen Einrichtungen, Ordnungsamt, Tiefbauamt, Medien und Wirtschaftspartnern.



Dresdner Nachtskaten, initiiert von Barbara Lässig



Durch diese Initiativen sind die Dresdner Nachtskater auch seit Juni 2000 mit der längsten angefassten Skater- und Rollstuhlkette im Guinness-Buch der Rekorde vertreten. Im Großen Garten trafen sich 8000 Skater- und Rollifahrer und bildeten eine kilometerlange, (angefasste) rollende Kette. Dafür wurde der Verein zur Dresdner Sportlergala 2001 mit dem Fair-Play-Pokal ausgezeichnet.

Mit der „Uraufführung - Dresdner Nachtskaten“ ist außerdem eine Vision wahr geworden. So rollen deutschlandweit mittlerweile mehrere Millionen Menschen durch die Nacht. Das sind circa 80 „Nachtskaterstädte“!

### Olympische Spiele in Sachsen

Nachdem sich der Leipziger Stadtrat am 17. Oktober 2001 (PDS-Fraktion einstimmig dafür) eindeutig für die Olympiabewerbung bekannte, hatte sich der Dresdner Stadtrat am 25. Oktober 2001 zur Olympiabewerbung 2012 positioniert. Unsere Fraktion war leider nur leicht mehrheitlich dafür. Die PDS-Landesvorsitzende, die stellvertretende PDS-Bundesvorsitzende sowie die Stadträte Schollbach, Kießling und Matthis stimmten dagegen.

Ich führte u.a. in meiner Stadtratsrede aus: „Für Sportlerinnen und Sportler, Anhänger des Sport überhaupt ist es sicherlich das Größte: Wettkämpfe vor der eigenen Haustür. Olympische Spiele sind Imagegewinn für eine ganze Region, Arbeitsplätze, Zuversicht, Stolz, Selbstwertgefühl...“

Auch wenn Einnahmen aus Olympischen Spielen 2012 zum heutigen Zeitpunkt kaum berechenbar sind, nach Abschluss der Olympischen Spiele in Leipzig, könnten eventuell vorhandene Überschüsse dem Sport in Sachsen zugute kommen. Seit 1984 (und das in ununterbrochener Reihenfolge) erwirtschafteten Olympische Spiele Überschüsse. Letztes Beispiel mit Sydney im Jahr 2000, wo Einnahmen von 1,8 Milliarden Euro erzielt wurden.“

Fakt war auch, dass sich zu diesem Zeitpunkt 82 % der Bevölkerung für die Olympischen Spiele in Deutschland aussprachen.

Trotzdem: In der MDR-„Sport im Osten-Sendung“ musste ich im Vorfeld der Abstimmung den Antworten des sportpolitischen Sprechers des Sächsischen Landtages André Hahn entnehmen, „dass Olympia in Sachsen zwar wünschenswert sei, aber keine gute Idee, da wir ja andere Probleme hätten...“

So war das halt in unserer Partei. Nachdem ich in mehreren Fraktionssitzungen hinterfragt habe, wie eigentlich die Meinung der Landtagsfraktion zu Olympia sei, mir auch die Landtagsabgeordneten unserer Fraktion (die gleichzeitig Stadträte waren) nicht antworten konnten, haben die Mitglieder unserer damalige Fraktion jeder für

sich und „aus dem Bauch heraus“ entschieden.

Vom sportpolitischen Sprecher der PDS-Landtagsfraktion und heutigen Ministerpräsidentenkandidaten Andre Hahn kam schließlich, fast einen Monat nach den Abstimmungen, am 12. November 2001 eine Kurzinformation/Argumentationshilfe zum Thema „Olympia in Sachsen“ heraus. Darin war u.a. zu lesen: „... zu beachten sei auch, dass wir in unserer Entscheidung nicht mehr völlig frei sind, nachdem die PDS-Stadtratsfraktionen in Leipzig einstimmig und in Dresden mehrheitlich für die Olympiabewerbung votiert haben.“

War das der Optimismus, die Begeisterung und das Selbstvertrauen, das wir ausstrahlen sollen und das wir im Osten brauchten?

Wozu brauchten wir für die Kommunen (gerade wenn es um eine sachsenweite Abstimmung ging) eine Argumentationshilfe von der Landtagsfraktion nach der Abstimmung?

Die PDS - wirklich eine Partei für den Sport? Oder Heuchler bzw. Trittbrettfahrer!

Aber wieder staunte ich nicht schlecht als ich dann im „Parlament von links“, Ausgabe 5-6/2003, der Zeitung der Landtagsfraktion, unter der Überschrift „Jetzt gemeinsam ein olympiareifes Sachsen schaffen“ einen Artikel fand, dessen Autoren Prof. Peter Porsch, der damalige Vorsitzende der Landtagsfraktion und die PDS-Landesvorsitzende Dr. Cornelia Ernst waren. Letztere hatte im Stadtrat bekanntlich dagegen gestimmt.

Und jetzt stand da „... Die Entscheidung des NOK für Leipzig als deutschen Bewerber für die Olympischen Sommerspiele 2012 ist ein großartiger Erfolg für Leipzig und ganz Sachsen. Es hat sich ausgezahlt, an über hundert Jahren ungebrochener Sporttradition und den besonderen Qualitäten unserer Region anzuknüpfen...“

### Erfüllung des (Sport)Wahlprogramm in der Legislaturperiode 2004-2009

Mit dem Doppelhaushalt 2007/08 war es erstmals gelun-



Dresdner Stadträte beim Drachenbootrennen



gen, der Sportselbstverwaltung (KSB) 250.000 Euro zugute kommen zu lassen. Damit wird Kindern und Jugendlichen aus sozial schwachen Familien das Sporttreiben in Vereinen ermöglicht, wenn sie sich keine Vereinsbeiträge leisten können.

Bis zur nationalen Entscheidung „Olympiabewerbung Leipzig 2012“ durfte ich als Aufsichtsratsmitglied der Olympia GmbH arbeiten.

2005 wurden die Beachvolleyballanlagen im Ostragehege übergeben.

Im Frühjahr 2006 wurde die Wasserskianlage in der Kiesgrube Leuben übergeben.

Im Rahmen des Stadtjubiläums 2006 organisierte der ESCD e. V., dem ich im Ehrenamt als Präsidentin vorstehe, ein Fraueneishockey-Länderspiel Deutschland gegen die Schweiz.

Im Frühherbst 2006 wurde der lang ersehnte Skaterpark an der Lingnerallee eingeweiht, der wegen seiner zentralen Lage in der Innenstadt seinesgleichen sucht. Als Jurymitglied des Gestaltungswettbewerbes war es für mich ein ganz besonderes Glücksgefühl, das Band mit durchschneiden zu dürfen.

Im September 2007 wurde das Sportschulzentrums (Sportgymnasium, Sportmittelschule, Internat) im Ostragehege übergeben.

Im Herbst 2007 waren die Dresdener Gastgeber der Europameisterschaften im Schach und 2008 Gastgeber der Schacholympiade.

Im September 2007 war das Eis-sport- und Ballspielzentrum fertig.

Als berufenes Beiratsmitglied von „PRO FANS in Dresden“ der Dresdner Sportjugend nahm ich an den regelmäßigen Sitzungen mit Stadträten, Vertretern der Staatsanwaltschaft, Polizei, Ordnungsamt, Jugendamt und Vertretern des Sports teil. Für das Fanprojekt wurde mehr städtisches Geld eingestellt und das Fanhaus auf der Löbtauer Straße eröffnet.

Im Frühjahr 2009 geht das Nachtskaten in die 11. Saison, an deren Vorbereitung und Durchführung ich nach wie vor als Initiatorin, Vorstandsmitglied und Pressesprecherin im Ehrenamt beteiligt bin.

September 2007 begann der Bau des neuen Dynamostadions.

Während der gesamten Legislaturperiode konnten (als Folge des WOBA-Verkaufs und der Entschuldung der Stadt) unzählige Sportstätten und Schulsportanlagen saniert werden sowie einige Kunstrasenfußballplätze errichtet werden.

Alles in allem waren die Jahre als (Sport)Stadträtin eine arbeitsreiche, nicht immer einfache, aber für den Dresdner Sport auch erfolgreiche Arbeit.



Barbara Lässig mit Muhammad Ali



# Vom Ehrenamt zum Amt.

Von Dr. Ralf Lunau  
Beigeordneter

Der Wechsel vom Stadtratsmandat zum Amt als Kulturbürgermeister ist gewiß nicht unehrenhaft. Jedoch bringt die Überschrift den Wechsel meiner Position in der Dresdner Kommunalpolitik am deutlichsten zum Ausdruck.

Als Stadtrat verstand ich mich immer als Mitglied eines Gremiums, das in einem guten Sinne das Laienelement innerhalb der Verwaltung bildet, berechtigt ist, Fragen nach (scheinbaren) Selbstverständlichkeiten zu stellen, Partikularinteressen artikulieren soll und darf, keine Einzelfallentscheidungen zu verantworten hat, letztlich für die Draufsicht und Kontrolle zuständig ist.

Während ich als Stadtrat zuweilen ausdrücklich darauf bestand, wie ein Feierabendpolitiker behandelt zu werden, dem in Vorlagen und Gremien die Sachlage durch die Vertreter der Verwaltung für die Entscheidungen aufzubereiten ist, habe ich nun selbst für eine entsprechende Information der

ehrenamtlichen Mitglieder des Stadtrats zu sorgen. Auch wenn das manchmal erheblichen zusätzlichen zeitlichen, personellen und gedanklichen Aufwand erfordert, hilft mir die Erfahrung aus der anderen Perspektive, den Sinn dieser Vorgänge zu verstehen und sie manchmal auch geduldig hinzunehmen.

Natürlich habe auch ich schon Situationen erlebt, in denen von Mitgliedern des Stadtrats nach scheinbar Selbstverständlichem gefragt wurde, das ich im Verwaltungsalltag schon mehrfach erörtert hatte.

Sehr viel schwieriger ist es, mit Sachverhalten umzugehen, die mit den zuständigen Kollegen noch nicht abgestimmt oder aus anderen Gründen noch nicht spruchreif sind, die aber zur Erläuterung von Entscheidungen der Verwaltung nicht unerheblich sind. Ich spüre, daß der Stadtrat selbst wesentlich mitbestimmt, wie vertrauensvoll die Verwaltung mit ihm umgeht und umgehen kann.

Ausgesprochen gewöhnungsbedürftig ist die Betrachtung der Plenarsitzungen des Stadtrats aus



Ralf Lunau zur Fraktionsklausur in Halle im Oktober 2004

meiner veränderten Perspektive. Ich hätte mir nie vorstellen können, wie schnell mich die Geschäftsordnungsscharmützel nerven, die regelmäßig stattfinden, um sich abzeichnende Mehrheiten mit Formalitäten zu verhindern oder getroffene Mehrheitsentscheidungen zu diskreditieren.

Dabei ist mir klar, daß ich an Auseinandersetzungen dieser Art als Stadtrat regelmäßig teilgenommen habe und auch weiterhin teilnehmen würde, weil eben auch Passivität ein Verhalten mit Auswirkungen darstellt.

Diese Eigendynamik, der sich kaum einer im Stadtrat entziehen kann, führt zu einer Vergiftung der Atmosphäre durch einige Wenige und bringt in der Sache nichts Erhellendes.

Mein einziger Trost in solchen Momenten besteht darin, daß diese Debatten auch für die Zündler keinen politischen Gewinn bringen, denn sie haben nichts Gewinnendes und werden mit höchster Wahrscheinlichkeit von eventuell anwesenden Bürgern ohnehin nicht verstanden.

Außenstehende dürften regelmäßig überfordert sein, auch nur Sieger und Verlierer dieser Scharmützel zu identifizieren oder gar den politischen Gehalten derselben.

In meinem jetzigen Amt vertrete ich den organisatorisch kontinuierlichen Teil der Verwaltung, der bei der Umsetzung getroffener Entscheidungen für Professionalität zu sorgen hat.

Es ist schon unglaublich aufregend, Prozesse wie zum Beispiel die Planung des neuen Konzertsaals oder des Theaterneubaus am Kraftwerk Mitte nicht nur grundsätzlich politisch zu betrachten, sondern in die Details der notwen-

digen Verwaltungsvorgänge einzusteigen, Konzeptionen zu erarbeiten, formelle Planungsabläufe zu begleiten, Verträge vorzubereiten verschiedene Akteure innerhalb und außerhalb der Verwaltung einzubeziehen.

Manchmal stehe ich noch stauend vor der Fülle an fachlichen Themen, die bei der Realisierung solcher komplexen Vorgänge abzuarbeiten sind.

Die eigentliche Kunst scheint mir darin zu bestehen, über der Genauigkeit im Detail den Gesamtzusammenhang solcher Prozesse nicht aus den Augen zu verlieren, aber die Bedeutung der Kleinigkeiten für das Gelingen des Ganzen gleichfalls nicht zu unterschätzen.

Die schwerwiegendste Änderung in meiner Position ergibt sich aus der übernommenen Verantwortung für ungefähr 900 Mitarbeiter in der Kulturverwaltung und den Kultureinrichtungen der Stadt.

Bei meinem Amtsantritt habe ich eine aufgeschlossene und engagierte Mitarbeiterschaft ange getroffen, die sich auch schnell darauf eingestellt hat, daß nunmehr wieder ein Bürgermeister an ihrer Spitze steht, der sich diesem Amt mit hundertprozentiger Energie widmen kann und eigene Vorstellungen umsetzen will.

Die Arbeit gemeinsam mit Fachleuten der verschiedenen Genres, Ämter, Einrichtungen und Institutionen - auch außerhalb meiner formellen Zuständigkeit - erlebe ich als unglaublich bereichernd.

Im Grunde ist es diese Zusammenarbeit, die mir auch nach einem halben Jahr noch täglich für Aha-Effekte sorgt und bei allen Konflikten, die im Alltag nicht ausbleiben können, richtig Spaß macht.

## Ostrowski gegen Wagner Das Duell



Wahlplakat der Dresdner PDS zum Neuwahlgang der OB-Wahlen 1994

(Herbert Wagner (CDU) 54,8 %, Christine Ostrowski (PDS) 28,8 %, Albrecht Leonhardt (SPD) 14,7 %)



# Demokratie

Von Ronald Weckesser

Bereits in der ersten Wahlperiode erschloß sich die Fraktion - parallel zur parlamentarischen Arbeit und in enger Zusammenarbeit mit dem Stadtvorstand - auch außerparlamentarische Mittel. So wurde das Mitteilungsblatt des Stadtvorstandes in kürzester Zeit zur eigenständigen Kleinzeitung »Dresdner Blätt'l« umgestaltet sowie aus Verantwortung, Regie und Finanzhaushalt des Stadtvorstandes entlassen. Bis Ende 2008 erschien es regelmäßig, in insgesamt 410 Ausgaben. Bereits seit Juli 1990 enthielt es als eigenständige Beilage das »Gläserne Rathaus«.

Da das Blätt'l von Beginn an weit über die Mitgliedschaft hinaus vertrieben wurde, nicht unerheblich auch im Abonnement, da darüber hinaus ab Sommer 1994 das Gläserne Rathaus als Publikation der Fraktion auch kostenlos über Rathäuser und Ortsämter vertrieben wurde, trugen beide erheblich zur Information über die Partei und ihre kommunalpolitische Arbeit bei. Allerdings barg das die Gefahr, daß Verwaltung und Konkurrenz bereits über unsre Vorhaben informiert waren - bevor es uns lieb war. Auf diese Gefahr hin blieben wir unserem Prinzip treu, stellten die Transparenz für eine möglichst breite Öffentlichkeit über taktische Überlegungen.

Mit ähnlichen Konflikten waren wir wiederholt konfrontiert. Bereits bei unserem ersten Bürgerbegehren »Mietstop für Dresden«, tauchte der Zielkonflikt zwischen maximaler Öffentlichkeitswirksamkeit, inhaltlicher Korrektheit und juristischer Zulässigkeit auf, der uns in der Folge immer wieder zu schaffen machte. Sei es bei der Formulierung eigener Begehren (wiederholt zum Erhalt des Dresdner Straßenbahnnetzes, zum Mehrbrückenkonzept), bei der Unterstützung von Initiativen Dritter (Neumarktbebauung, Glä-

serne Manufaktur am Straßburger Platz) oder auch bei der Abwehr derartiger Aktivitäten, bei denen wir, wie im Falle der Begehren für die Autobahn A17 oder die Waldschlößchenbrücke inhaltlich eine gegenteilige Position einnahmen.

Jedesmal wieder hatten wir uns mit widerstrebenden Interessen bei uns selbst, in Bezug auf unsere inhaltlichen Ziele, auf unsere Glaubwürdigkeit in der Wahl unserer Mittel und schließlich im Umgang mit den Ergebnissen auseinander zu setzen. Das war ein oftmals schmerzhafter Prozeß.

Insbesondere der Umgang mit den Begehren pro Waldschlößchenbrücke und gegen WOBA-Verkauf stellten jedes einzelne Fraktionsmitglied wie auch die Fraktion insgesamt auf eine harte Probe. War sich die Fraktion im Falle der Brücke inhaltlich einig, setzten die Konflikte bei der Akzeptanz oder Nichtakzeptanz der Ergebnisse ein: bei der Interpretation, zu welchem Zeitpunkt und unter welchen Umständen »diese Schlacht« als verloren zu betrachten sei. Doch schon dieser Prozeß, der nicht nur in unserer Fraktion problematisch verlief, zog sich über mehrere Jahre hin und ist im Grunde bis heute nicht abgeschlossen.

Allerdings sind an den deutlich unterscheidbaren drei Etappen schon alle Grundprobleme erkennbar: Zu Beginn war die Debatte verkehrspolitisch geprägt, mit einem kleinen Schlenker zur Kostenproblematik (Motto: »Wir brauchen die Brücke!«).

Dann verschob sich der Schwerpunkt zu Natur- und Umweltschutz (Symbolfigur: »Kleine Hufeisennase«).

Schließlich driftete die Gesamtdiskussion in den kulturellen Bereich (»Welterbe erhalten!«).

Zunehmend verlagerte sich auch die Form der Auseinandersetzung, es wurden jeweils andere, höhere »Instanzen« als Autorität herangezogen. Zu guter Letzt hatten: der Stadtrat wiederholt und in unterschiedlicher politischer Zusammen-

setzung, die Dresdner Bevölkerung, mal indirekt über verschiedene Wahlergebnisse, mal direkt per Bürgerentscheid sowie Gerichte aller Ebenen den Bau dieser Brücke abgesegnet. Dagegen steht das Votum des UNESCO-Welterbe-Komitees und ein Teil der öffentlichen Meinung mit der Kernaussage, daß eine Entscheidung über Bau oder Nichtbau der Brücke völkerrechtlich unzulässig ist und

## Nicht Keine, nicht Eine,



# Zwei!

- besser für den Verkehr
- billiger für die Bürger
- schöner für Dresden



Plakat der Dresdner PDS zum Bürgerbegehren  
„Brücken gegen den Stau“ 1996

diesem Konflikt nur ein Tunnel abhelfen könne. (!)

Im Falle des WOBA-Verkaufs tauchten die Konflikte bereits beim Inhalt auf. Zwar war auch in diesem Fall eine gewisse »Drift« von Standpunkten und Argumenten zu beobachten, die spätere »Verbissenheit« in der Auseinandersetzung war keinesfalls »naturgegeben«. Da es infolge des Scheiterns des Bürgerbegehrens nicht zu einer weiteren öffentlichen Zuspitzung kam, blieb zwar der Verkauf selber unangefochten, aber unbeachtlich, daß bislang keines der prognostizierten Negativszenarien eingetreten ist, geht die Auseinandersetzung nicht nur parteiintern munter weiter. Die Position zum Verkauf selbst wird zum Gegenstand der Auseinandersetzung. Es braucht keine Verifikation von Befürchtungen, der Fakt abweichender Meinung allein genügt, um neue Tatsachen zu begründen. Auch hier wurde versucht, den Konflikt auf andere Ebenen zu heben.

Diesen Beispielen gemeinsam ist die zu beobachtende Eskalation der Auseinandersetzung, zunehmend auch bei anderen Konflikten: eine Niederlage nach demokratischen, bislang vermeintlich alleseits akzeptierten Regeln wird eben nicht als solche hingenommen. Nach jeder Niederlage werden - mit

der Begründung, die andere Seite hätte die Regeln verletzt - die Spielregeln neu definiert. Ob das Thema gewechselt wird, wie im Falle der Brücke, ob das Wohnen kurzerhand zur kommunalen Daseinsvorsorge erklärt wird oder ob Regeln definiert werden, die einen Minderheitenschutz zur Unterdrückung von Mehrheiten ausweiten wie bei der Spaltung der Stadtratsfraktion - immer wieder geht es darum »die verlorene Schlacht« neu zu eröffnen. Immer geht es darum, den eigenen Standpunkt für übergeordnet zu erklären.

Es ist eine einfache Erkenntnis, daß es immer dann, wenn keine rationale Entscheidung möglich, weil denkbare Lösungen von zu vielen angezweifelt oder abgelehnt werden oder wenn es keine höhere, von allen akzeptierte Instanz gibt, das Mehrheitsprinzip in Kraft treten muß. Die Mehrheit wird zu dieser letzten Instanz. Nicht, weil sie es besser weiß, weil sie klüger ist und seltener irrt - sondern allein, weil sie die Mehrheit ist.

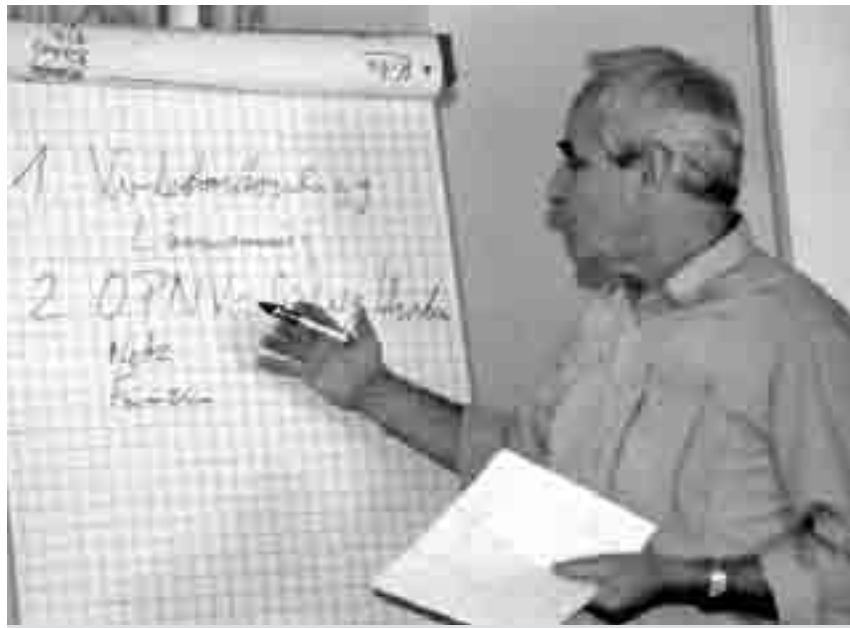
Auf dem Sonderparteitag der SED im Dezember 1989 hatte diese Partei - erschüttert durch die spürbaren Schläge des nahenden Zusammenbruchs - ihrem bis dahin unbestrittenen Avantgardeanspruch abgeschworen, auf ihre »führenden Rolle« in der Verfassung verzichtet.



OB-Kandidatin Ostrowski kurz vor Verkündung der Wahlergebnisse 1994



# Eine Stadtrundfahrt der besonderen Art



Rainer Kempe beim Vortrag auf einer Fraktionsklausur im Jahr 2002

## Von Dr. Rainer Kempe

Ich versuchte, auf dem Stadtplan willkürlich einen Streifzug durch die Stadt zu machen. Und siehe da, ganz schnell stellte ich fest, dass mich beinahe an jeder Ecke Erinnerungen über bewegte Gestaltungsauseinandersetzungen im Stadtrat überfallen.

Also fahren wir einfach los!

Beim Einbiegen aus der Kreuzstraße in die Petersburger haben wir freie Fahrt, weil die Fußgänger gerade in Scharen die Petersburger Str. Richtung Hygienemuseum queren. Mir fällt ein, wie lange wir um ein Fußwegekonzept Innenstadt gerungen haben bis an solchen Hauptverbindungen Ampeln und Überwege entstanden sind.

Gleich daneben ist der neue Radweg auch ein Ergebnis des u. a. von uns geforderten Fahrradwegenetzes. Links fällt mein Blick auf die Halbpfeife und das neue Skater-Areal. Skatermutter Bärbel Lässig freut sich gemeinsam mit uns über die rege Nutzung.

Schon in Vergessenheit geraten ist, dass das Gebiet um und hinter den Robotron-Gebäuden für eine rasante City-Erweiterung vorgesehen war, die wie so manches unrealistische Nachwendeprojekt ein Investorentraum blieb. Um solche einseitigen Entwicklungen zu vermeiden, haben wir immer wieder die Nachhaltigkeit solcher Projekte hinterfragt.

Über die Bürgerwiese fahren wir nun weiter entlang, wo gerade dank auch unserer Unterstützung ein neues Stadion entsteht. Hoffen wir, dass sich Dynamo Dresden zum stabilen Bundesliga-Team entwickelt.

Vor dem Hygienemuseum biegen wir ab Richtung Lennestraße. Die Standflächen des sächsischen Wochenmarkts vom Vortag, der seit 1990 zur beliebten Tradition

geworden ist, sind wieder sauber aufgeräumt. Anfang der 90er haben wir uns für den Erhalt dieses Marktes eingesetzt bis schließlich die besonderen Marktbedingungen dafür in die Marktsatzung eingearbeitet wurden.

Auf der Lennestraße geht es weiter Richtung Gläserne Fabrik, an die sich nach heftiger öffentlicher Auseinandersetzung inzwischen die meisten Dresdner gewöhnt haben.

Danach erfreuen wir uns an den markanten, freundlich bunten Hochhäusern an der Güntzstraße hinter den Grünflächen der inzwischen zurückgebauten Plattenbauten. Dieses Beispiel für den Stadtbau hat das Stadtbild verbessert, den Wohnungsleerstand verringert und den sanierten Hochhäusern Vollvermietung gebracht. Das St.-Benno-Gymnasium, das farbige Gegenstück im Schulbau, ist als Ausbildungsstätte sehr gefragt.

Am Sachsenplatz ist wegen des Trödelmarktbetriebs viel los - dieser von uns unterstützte Standort sorgt für buntes Treiben und städtisches Leben.

Auf der folgenden Fahrt durch die Äußere Neustadt wird uns besonders bewusst, wie sich dieses Stadtgebiet zu einem der gefragtesten Wohnareale entwickelt hat. Durch die STESAD, deren Gründung wir sehr befördert haben, wurden zahlreiche Objekte, die keinen zahlungskräftigen Investor fanden, im Rahmen der Stadterneuerung saniert. Das Nordbad und andere öffentliche Objekte wurden wiederhergestellt. Das Wohngebiet hat stadtwweit den geringsten Altersdurchschnitt; wir unterstützen nun das städtische Bestreben, durch Wohnfeldmaßnahmen die unterdurchschnittliche Wohndauer auf ein höheres Niveau zu heben.

Ähnliche Wirkung hat die STE-SAD auch im Hechtviertel erreicht. Kurz streifen wir die Theateruine der St.-Pauli-Kirche, deren Bausicherung und langfristige Nutzung nun endlich in Angriff genommen werden kann.

Über die Königsbrücker Straße gelangen wir schließlich zur ehemaligen Heeresbäckerei mit dem örtlichen Einkaufs- und Dienstleistungszentrum und dem neuen Stadtarchiv, dessen Erweiterung jetzt ansteht. Die Wiederherstellung dieses denkmalgeschützten Areals haben wir durch unsere Unterstützung für den neuen Archivstandort maßgeblich befördert.

Demgegenüber herrscht auf der anderen Seite der Königsbrücker Str. im Industriegelände außer den inzwischen geglätteten Straßen noch ein großes Chaos mit viel Verfall, Brachen und Ruinen. Einzelne Objekte sind neu entstanden, ein paar denkmalgeschützte Bauten saniert, aber noch dominiert Unordnung. Das sind noch die „Hinterhöfe“ Dresdens. Wir erinnern uns an eines unserer großen Stadtprobleme, an die vilen innerstädtischen Brachflächen und die viel aktivere Bautätigkeit auf Flächen im städtischen Randbereich.

Die Zeit vergeht beim Fahren und Erinnern wie im Fluge. Infineon - gut für den Mikroelektronik-Standort Dresden, wenn auch bis heute eine unverzeihliche Platzwahl bzgl. des Eingriffs in die Heideflächen. Ähnliches gilt für AMD. Und doch ist es wichtig, dass die Elektronikindustrie in Dresden wieder ihre Heimstatt gefunden hat. Auch die Hellerauer Möbel sind ein Traditionsgewerbe. Die Gartenstadt Hellerau blüht wieder. Das Festspielhaus Hellerau ist eine wichtiger Kulturbau-stein für Dresden geworden.

Wir beenden unseren Ausflug nach Norden und kehren über die neuen Gewerbeflächen der DDV sowie über das Berufsbildungswerk, Berufsförderungswerk und die Erweiterungen der Behindertenschule Richtung Stadt zurück. Dies sind Projekte, die wir politisch gefördert und unterstützt haben. Beim Blick auf das größte zusammenhängende Kleingartengebiet an der Hansastraße erinnern wir uns an unser konsequentes Ringen um die Sicherung der Kleingartenflächen in Dresden Mitte.

Wir biegen zur DVB-Zentrale am Trachenberger Platz ab, wo wir uns an die von uns initiierten Bürgerbegehren für den Erhalt des Straßenbahnnetzes erinnern. Heute hat der ÖPNV in Dresden einen gesicherten und anerkannten Platz, wenn auch sein Verkehrsanteil hinter dem Autoverkehr zurückbleibt.

An der Leipziger Straße machen wir uns bewusst, welche Veränderung sich in dem letzten Hochwas-

ser-Abschnitt bzgl. der 46 aufgegebenen Bäume vollzieht.

Über die sanierte Marienbrücke fahren wir zum Ostragehege und denken beim Blick auf den Busparkplatz und den neuen Vogelwiesen-Standort daran, dass hier 1992-93 um das TADIKOM-Hochhaus und seine Verunstaltung für die Dresdner Stadtsilhouette gestritten wurde.

Messe, Sport und Bildung geben inzwischen dem Ostragehege eine dauerhafte Entwicklungsgrundlage. Die hochfliegenden Pläne der IGA und eines Freizeitparks blieben dagegen Luftschlösser. Aber der von uns unterstützte Messestandort im Ostragehege ist ausgestaltet und angenommen. Auch unsere Entscheidung für das Kongresszentrum hat zusammen mit der sehr guten architektonischen Lösung an hervorragendem Platz zu einer guten Kongressentwicklung in Dresden geführt.

Die Busrundfahrt beschließt ein Abstecher in die fast italienisch anmutende, freundliche Kräutersiedlung in Gorbitz. Sie ist entstanden durch Stockwerksreduzierung von Plattenbauten und durch sehr ansprechende Wohnumfeldgestaltung. Diese Plattenbauten kennen keinen Leerstand mehr. Das ist bemerkenswert.

Bei der Rückkehr zum Rathaus über die Wilsdruffer Straße genießen wir den Durchblick zur Frauenkirche und zum neu entstehenden Neumarkt. Bänke vermissen nicht nur wir hier. Aber bei unserer nächsten Rundfahrt dürfte auch dies dank eines von uns eingebrachten und beschlossenen Antrages Vergangenheit sein.

Beim Einbiegen in die Wilsdruffer Straße wird uns deutlich, dass diese Straße mit dem Altmarkt und dem Kulturpalast zwar nicht die touristische Attraktivität der historischen Bauten besitzt, wohl aber eine sehr angemessene wohlthuende Architektur für die alltäglichen Bedürfnisse. Die Tiefgarage am Altmarkt ist fertig gestellt und der Umbau des Kulturpalastes wird bald begonnen werden.

Wir verlassen den Bus in dem Gefühl neuer Einblicke auf Alltägliches, auf Rückblicke in unsere jüngste, noch andauernde Vergangenheit.

Eine Menge Objekte haben wir bei unserer Rundfahrt nicht näher erwähnt oder aus Zeitgründen ausgelassen.

Uns wurde trotzdem bewusst, dass wir auf Schritt und Tritt an der Gestaltung unserer Stadt in diesen Jahren mitgewirkt haben. Konstruktiv, aber auch mit Verhinderung unsensibler Investorenwünsche. Und wir haben immer wieder Gesamtkonzepte von der Verwaltung eingefordert und deren Durchsetzung kontrolliert.

Wir freuen uns über unsere Stadt.



# Ein wenig Wehmut

Von Martin Seidel,  
Beigeordneter

Ein wenig Wehmut überkommt mich schon, wenn ich daran denke, dass es die Linksfraktion.PDS im Dresdner Stadtrat quasi als Institution bald nicht mehr geben wird.

Denn vieles haben wir zusammen erlebt in den vergangenen Jahren, nicht nur in den letzten Monaten meiner Bewerbung als Sozialbürgermeister, meiner erfolgreichen Wahl und nunmehr schon einige Monate dauernden Arbeit in dieser Funktion.

In dieser Zeit ist die Zusammenarbeit sicher intensiver und vielfältiger geworden, sind mir die Fraktionsmitglieder - man kann es in der Tat so sagen - richtig ans Herz gewachsen.

Wenn ich mich beim Niederschreiben dieser Zeilen so zurück-erinnere, dann gab es bereits in den letzten Jahren einige gemeinsame Erlebnisse mit einzelnen Mitgliedern der Fraktion.

Gern erinnere ich mich an meinen Kreistags- und Gemeinderatswahlkampf im Jahr 2004 - ohne den toll von Bärbel gestalteten Flyer und die Unterstützung von Ronald und Christine wären beide Wahlen sicher kaum so erfolgreich gewesen. Ähnliches gilt für meine Bewerbung als Bürgermeister in Bannewitz im Jahr 2006. Ohne die Möglichkeit, bei Ronald im Landtag am alternativen Landeshaushalt mitarbeiten zu können, wäre die CDU im Kreistag des Weißeritzkreises wohl kaum so ins Schwitzen gekommen, als sie in den vergangenen Jahren regelmäßig unsere durchfinanzierten Änderungsanträge und Alternativvorschläge zum Kreishaushalt lesen musste.

Auch Ingrid's Tipps und Kniffe zu Fördermitteln des Freistaates machten es mir in der einen oder anderen Situation als amtierender Bürgermeister von Bannewitz leichter, Investitionen auf den Weg zu bringen.

Schließlich zeigte die Klausurberatung der Fraktion im Januar letzten Jahres in Bannewitz, wie unterschiedlich und doch in manchen Dingen ähnlich Kommunalpolitik in einer Großstadt und einer 11.000 Einwohner Kommune gestaltbar ist.

Hätten mich nicht alle Fraktionsmitglieder von Anfang an unterstützt, wären meine Bewerbung und schließlich Wahl zum Sozialbürgermeister mit Sicherheit nicht erfolgreich gewesen. Daher gilt mein besonderer Dank gerade für die letzten Monate Geli, Moni, Andrea sowie Peter und Rainer. Letztendlich machen ihre einzelnen Mitglieder die Institution Fraktion aus - auch wenn es die Fraktion nicht mehr gibt, so bleiben doch die Personen - und das ist gut so!

Und so schließt sich dann doch langsam der Kreis. Mit Ralf werde ich in den nächsten Jahren als Bürgermeisterkollegen weiterarbeiten können, worüber ich un-



gläublich froh bin. Bärbel drücke ich die Daumen, dass sie die Arbeit der Verwaltung wie bisher im Stadtrat kritisch begleiten kann.

Alle anderen werden sich nach ihren Möglichkeiten hoffentlich weiter einbringen - das haben die Dresdner einfach verdient!

## Gesichter dieser Stadt:



Näheres in unserer Wahlzeitung

Wer kommt in den Stadtrat?

Kommunalwahl '99 PDS

## Gesichter dieser Stadt:

Unsere Gesichter  
kennen Sie.

Was wir wollen,  
wissen Sie.

Nun können  
Sie wählen:

Für ein friedliches Europa.  
Für eine soziale Stadt.

Kommunalwahl

PDS



# Bürgerbegehren und Bürgerentscheide

Von Dr. Bernd Möller

Man kann nicht nur für Demokratie sein, wenn einem das Thema passt

In Dresden hat es bisher zwei Bürgerentscheide gegeben – den zum Bau der Autobahn A17 in der stadtnahen Lage und den zum Bau der Waldschlößchenbrücke. Und jedes Mal stimmten etwa zwei Drittel derjenigen, die zur Abstimmung gingen, im Sinne des Bürgerbegehrens. Beide Bauvorhaben waren von CDU und Landesregierung gewünscht. Und gegen beide hatte sich eine starke politische Opposition gebildet, die drohte, die Projekte über Stadtratsentscheidungen zu kippen.

## Bürgerbegehren

Davon hat es in Dresden indes mehr gegeben – elf seit 1990. Ziel eines Bürgerbegehrens ist, zu einem Sachverhalt einen Bürgerentscheid zu erzwingen. Zehn Bürgerbegehren wurden eingereicht, eines erreichte die erforderliche Zahl von Unterschriften nicht.

Die Bürgerbegehren, die sich gegen die Absichten der Stadtverwaltung, gegen die Mehrheit im Stadtrat stellen oder die der CDU

in Stadt und Land nicht in den Kram passten, wurden entweder juristisch für unzulässig erklärt oder einfach anstelle einer Abstimmung im Stadtrat angenommen. Letzteres wenn klar war, dass die Mehrheit der Wähler für das jeweilige Begehren stimmen würde. Der Stadtratsbeschluss erschien der rechten Mehrheit als das kleinere Übel.

## Diskussion im Stadtrat

Jedem Bürgerbegehren war zuvor eine heftige öffentliche Debatte zum entsprechenden Thema vorausgegangen. Die Sachverhalte berührten die Dresdner tief – egal ob für oder gegen das jeweilige Begehren. Im Stadtrat wurde ebenso diskutiert. Die Mehrheiten im Stadtrat waren stets hauchdünn.

Politisch geprägt waren die Begründungen zur Zulässigkeit der Bürgerbegehren, obwohl der Stadtrat nur die Rechtmäßigkeit des eines Bürgerbegehrens zu bewerten hat.

So lehnte 1996 der Stadtrat das Bürgerbegehren „Brücken gegen den Stau“ knapp ab. Die Frage „Sind Sie dafür, statt der landschaftszerstörenden, langen Waldschlößchenbrücke mindestens

zwei Dresden-typische, kürzere und kostengünstigere Brücken mit insgesamt höherer Entlastungswirkung zu bauen?“ werde vom Wähler nicht verstanden. Die Initiatoren klagten dagegen. Vom Obergericht wurde letztlich endgültig entschieden, dass die Frage vom Wähler nicht zu verstehen und so das Bürgerbegehren unzulässig sei.

Bei der Diskussion um die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens „Sind Sie für den Bau der Waldschlößchenbrücke“ wurden wiederum von den Gegnern der Waldschlößchenbrücke alle mögliche juristischen Begründungen gesucht, um zu begründen, weshalb dieses Bürgerbegehren rechtlich nicht zulässig sei. Nur eine Retourkutsche?

## Und der Bürger

Die Bürgerbegehren waren zu meist Mittel in einer politischen Strategie.

Allen war eine lange Diskussion vorausgegangen. Die Wähler wussten entweder, worum es inhaltlich ging und welche Position sie zu dem Thema hatten, oder sie folgten ihrer Parteipräferenz. Mit den Bürgerbegehren wurde

die Auseinandersetzung weitergeführt, meist bis unheilbar polarisiert war.

Wäre es nicht viel sinnvoller, wenn der Stadtrat von sich aus bei schwerwiegenden Entscheidungen einen Bürgerentscheid beschließt. Im Stadtrat soll das Thema diskutiert und dann die Diskussion im öffentlichen Raum fortgeführt werden. Zum Schluss haben die Bürger das letzte Wort im Bürgerentscheid.

Wäre nicht ein Bürgerentscheid zum Thema WOBA-Verkauf sinnvoll gewesen?

Gegen Bürgerentscheide wurde immer wieder, vor allem von CDU und FDP ins Feld geführt, der Wähler habe den Stadtrat gewählt und dieser dürfe sich nicht um die Entscheidung drücken.

Vorteil von Bürgerentscheiden in wichtigen Fragen wäre jedoch: Die Bürger müssten selbst für ihre Entscheidung gerade stehen. Sie könnten nicht mehr auf angeblich total zerstrittene Stadträte und unfähige Politiker schimpfen.

Ein Bürgerbegehren wäre dann das letzte Mittel der Bürger, wenn der Stadtrat nicht erkannt hat, dass eine Sachverhalt die Bürger sehr stark bewegt.

Bürgerbegehren in Dresden	Jahr	Ergebnis des Bürgerbegehren	Bürgerentscheid
Mietstop (initiiert von der PDS)	1992	57.000 Unterschriften - durch Stadtverordnetenversammlung als unzulässig beschieden	kein Bürgerentscheid
Erhalt des Straßenbahnnetzes (initiiert von PDS)	1994/95	22.414 Unterschriften durch Stadtrat als zulässig beschieden	Stadtrat beschloß im Sinne des Begehrens anstelle eines Bürgerentscheides, Erhalt des Straßenbahnnetzes für drei Jahre gesichert
Autobahn Dresden-Prag (initiiert von CDU-nahen BI)	1995	38.000 Unterschriften durch Stadtrat als zulässig beschieden	Bürgerentscheid durchgeführt - für A17 votierten 60%
Brücken gegen den Stau (initiiert von Dresdner Bürgern mit Unterstützung durch PDS)	1996	23.100 Unterschriften durch Stadtrat als unzulässig beschieden	kein Bürgerentscheid; Klage der Initiatoren gegen den Stadtratsbeschuß wurde durch die Gerichte abschlägig beschieden
Elbwiesen Laubegast (initiiert von betroffenen Bürgern)	1997	24.300 Unterschriften durch Stadtrat als zulässig beschieden	Stadtrat beschloß im Sinne des Begehrens anstelle eines Bürgerentscheides, für drei Jahre dürfen die Elbwiesen nicht bebaut werden
Hände weg von der Straßenbahn (initiiert von PDS)	1998	20.991 Unterschriften durch Stadtrat als zulässig beschieden	Stadtrat beschloß im Sinne des Begehrens anstelle eines Bürgerentscheides, Beschluß um den weitgehenden Erhalt des Liniennetzes erweitert; Erhalt des Straßenbahnnetzes für weitere drei Jahre gesichert
Bürgerbegehren gegen Standort für Gläserne Manufaktur im Großen Garten	1999	17.600 Unterschriften – Quorum von erforderlichen 19.074 Unterschriften nicht erreicht	
Pro Waldschlößchenbrücke	2004	59.359 gültige Unterschriften durch Stadtrat als zulässig beschieden	Februar 2005 Bürgerentscheid durchgeführt - für Waldschlößchenbrücke stimmten etwa 68 Prozent
Bürgerbegehren „Ja! Zum historischen Neumarkt“	2003	63.338 Unterschriften durch Stadtrat als zulässig beschieden	durch Aufstellung von vorhabenbezogenen Bebauungsplänen wurde dem Anliegen entsprochen
Bürgerbegehren Erhalt der Krankenhäuser „Von Anfang an Nein!“	2008	32.000 Unterschriften am 5. April 2008 übergeben, Stadtratsentscheidung steht noch aus	
Bürgerbegehren „Welterbe erhalten - Elbtunnel bauen“	2008	50.000 Unterschriften durch Stadtrat am 22.4.2008 als zulässig erklärt, nach Widerspruch des OB am 30.4.2008 erneut als zulässig beschieden, erneut Widerspruch des OB, bei Gericht wird Zulässigkeit abschlägig beschieden, das RP urteilt ebenfalls abschlägig	



# „Jeder Einwohner hat das Recht, ...“

Von Dr. Ralf Lunau

„...sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen in Gemeindeangelegenheiten mit Vorschlägen, Bitten und Beschwerden (Petitionen) an die Gemeinde zu wenden.“ Diese Vorschrift in § 12 Satz 1 der Gemeindeordnung wird zwar noch ergänzt um eine Frist von sechs Wochen, innerhalb derer dem oder den Petenten ein Bescheid zu übersenden ist, und das ausdrückliche Recht des Gemeinderats, für diese Angelegenheiten einen Ausschuß zu bilden. Welche Wirkungen von diesen Regelungen ausgehen, hängt dennoch maßgeblich vom tatsächlichen Umgang des Stadtrats mit den Petitionen ab, da Vorschläge, Bitten und Beschwerden keine Ansprüche betreffen, die die Einwohner gegebenenfalls auf dem Weg des gerichtlichen Verfahrens durchsetzen können.

Leicht wäre es möglich, Petitionen unter dem etwas zynischen Motto „Form-, frist- und zwecklos“ als querulatorische Mühsal abzutun. In meinen fast zehn Jahren als Stadtrat und davon fast fünf Jahren als stellvertretender Vorsitzender des Petitionsausschusses habe ich jedoch erlebt, wie dieses Recht der Einwohner als Chance für beide Seiten, also die Petenten und den Stadtrat begriffen und behandelt wurde. Die ernsthafte Behandlung von Petitionen hat relativ unabhängig von der Möglichkeiten zur Abhilfe bei Beschwerden oftmals schon dadurch eine befriedende Wirkung, weil es Gelegenheit bietet, sich in Einzelfällen oder auch politisch brisanten Fragen an die politisch Verantwortlichen zu wenden. Den Mitgliedern des Stadtrats wiederum kann es als Informationsquelle über sich häufende oder gerade entstehende Problemlagen in der Bürgerschaft dienen.

Der Stadtrat in Dresden hat für die Behandlung von Petitionen nicht nur einen Ausschuß gebildet, sondern ihm das eigenständige Recht zugestanden, Anträge in den Geschäftsgang einzubringen. Das scheint zwar möglicherweise formell nicht so bedeutsam, weil jedes Mitglied des Ausschusses einen solchen Antrag auch einzeln einbringen könnte. Die vom Petitionsausschuß eingebrachten Anträge galten jedoch in allen von mir erlebten Fällen als mit den Fraktionen, manchmal auch den anderen Fachausschüssen abgestimmt und wurden vom Plenum immer bestätigt. Die wirkungsvolle Arbeit des Petitionsausschusses hat mehrere Voraussetzungen: die tatsächlich respektierte Verschwiegenheit der Mitglieder, eine pragmatische und anerkannte Vorsitzende, den Respekt der Verwaltung gegenüber der Arbeit des Ausschusses

und den Fleiß aller Ausschußmitglieder. Alle diese Voraussetzungen sind in Dresden gegeben.

Zur Verschwiegenheit sind die Ausschußmitglieder zwar formell verpflichtet, weil es sich regelmäßig um Einzelfälle von Bürgerinnen und Bürger handelt. Ihre tatsächliche Wahrung ist jedoch von Bedeutung, um für die konkreten Anliegen Lösungen zu finden, nicht vom jeweiligen politischen Proporz abhängig sind. Der Nachteil besteht für den Ausschuß und seine Mitglieder darin, daß die Wählerinnen und Wähler leider zu wenig von der engagierten Arbeit dieses Ausschusses erfahren. Doch im Interesse der Funktionstüchtigkeit muß das in Kauf genommen werden. Die Person der Vorsitzenden ist für den Ausschuß von Bedeutung, weil sie ihn gerade auch in Konflikten mit der Verwaltung oder auch gegenüber nicht-städtischen Institutionen repräsentiert und weil sie mit einer fairen Verhandlungsleitung für eine Atmosphäre sorgen kann, in der das Anliegen des jeweiligen Petenten nie aus den Augen gerät. Christa Müller (CDU) hat sich über alle Fraktionsgrenzen hinweg über viele Jahre in dieser Funktion Anerkennung und Respekt erworben.

Der Arbeitsaufwand für die einzelnen Mitglieder des Ausschusses ist nicht zu unterschätzen, denn der Ausschuß hat nicht nur das Recht, die Petenten oder Vertreter der Verwaltung anzuhören, Ortsbesichtigungen durchzuführen und Akten einzusehen, sondern er tut es auch. Das jeweilige Mitglied des Ausschusses, das eine Petition für die Beratung als Berichterstatter aufbereitet, muß sich in den Vorgang so weit einarbeiten, daß es in der Lage ist, den Sachverhalt vorzutragen, einen Vorschlag zur weiteren Behandlung zu unterbreiten, die entscheidenden Fragen zu stellen und letztlich einen Text für die Bescheidung der Petition oder sogar für einen Antrag im Stadtrat zu entwerfen.

Diese Arbeit hat mir auf eigene Weise Genugtuung verschafft, denn obwohl es in der Regel nicht die große Politik, sondern eher die kleinen Nöte einzelner Bürgerinnen und Bürger mit großer Bedeutung für die Betroffenen betraf, verschaffte diese Arbeit ein Gespür für die konkrete Wirkung von Kommunalpolitik. Auch die Vielfalt der Themen hatte bei aller Mühe, sich in die jeweiligen fachlichen Fragestellungen einzuarbeiten, einen eigenen Reiz. Letztlich habe ich diesen Ausschuß immer wie einen Seismograph wahrgenommen, der nicht nur die Stimmungslage innerhalb der Bevölkerung, sondern auch im Verhältnis des Stadtrates zur Verwaltung, aber vor allem eben auch Themen anzeigt.



Übergabe von 22.414 Unterschriften des Bürgerbegehrens „Erhalt des Straßenbahnnetzes“ 1995.

Von links nach rechts: Chr. Ostrowski, R. Weckesser, OB H. Wagner



Übergabe von 23.100 Unterschriften des Bürgerbegehrens „Brücken gegen den Stau“ 1996. Von links nach rechts: OB H. Wagner, Chr. Ostrowski, Prof. Trauzettel, Andreas Friedrich, Andreas Querfurth



Monika Aigner mit der Delegation der Stadt Dresden beim Deutschen Städtetag 2003

# Jung und Alt

Von Monika Aigner

## Jugendhilfe

Mit sechshunderteinunddreißig Worten – eine Zeitungssseite zu drei viertel vollgeschrieben – formulierten wir 2004 in unserem Wahlprogramm, wie wir uns Kinder- und Jugendarbeit in Dresden vorstellen. Reduziert wird dies oft auf den einen Satz: „...soll die Fördersumme der freien Jugendhilfe vom Stadtrat mehrjährig festgelegt und wieder auf etwa acht Millionen Euro angehoben werden.“

Doch Kinder- und Jugendarbeit ist viel mehr, ist die Freizeitaktivität an den Schulen, in der Kinder- und Jugendkunstschule, in der Theatergruppe, dem Zeichenzirkel, dem Chor, der Tanzgruppe, in den Sportvereinen, in der Kinder- und Jugendfeuerwehr – eben überall da, wo in der Freizeit Kinder und Jugendliche sich sportlich, kulturell/musisch – sinnvoll eben – betätigen können.

Kinder- und Jugendarbeit ist auch die Bildungsarbeit in den Kindertagesstätten und sie ist die besondere Fürsorge der Gesellschaft für Kinder und Jugendliche aus den Familien, in denen sich aus den unterschiedlichsten Gründen nicht um diese wichtige Komponente der Entwicklung und Erziehung gekümmert wird. Auf den letzten Punkt beziehen sich die „etwa acht Millionen“. Vergessen wird dann auch oft, dass zu dieser Zeit die Stadt noch für über zwei Millionen Euro kommunale Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit betrieb. Diese sind inzwischen privatisiert – an die Freien Träger – und das Geld ist im neuem Doppelhaushalt auf die „etwa acht Millionen“ draufgeschlagen worden.

Wir hatten die ketzerische Idee, dass es vielleicht gar nicht so richtig „links“ ist, wenn man die Tren-

nung der Kinder und Jugendlichen in solche, deren Eltern sich um die Entwicklung sorgen und solche, die „niederschwellige Angebote“ brauchen, um nicht auf der Straße rumzuhängen, unterstützt. Deshalb wollen wir auch als einen ersten Schritt die bessere finanzielle Unterstützung der Sporteinrichtungen, vor allem überall dort, wo mit Kindern und Jugendlichen gearbeitet wird und damit dort die Zugangsschwellen senken ...

## Seniorenbeirat

Rechnet man die Fördersummen der Stadt für die Kinder- und Jugendarbeit und die, für die Arbeit mit Senioren auf die Köpfe runter, so kommt man bei ersterer auf etwa neun Euro und bei letzterer bewegt es sich im Cent-Bereich. Doch Senioren haben in ihrem Leben gelernt, dass Geld nicht alles ist ...

Senioren sind keine homogene Gruppe. Sie haben unterschiedliche Interessen und unterschiedliche Herangehensweisen, diesen nachzugehen. Die Stadt, der Seniorenbeirat, die Politik oder Verwaltung kann und will da nichts und niemanden etwas vorschreiben, aber sie kann und muss Rahmenbedingungen für das Leben, das Sporttreiben, das Lernen, die kulturelle Betätigung schaffen und sie muss die Chancengleichheit für die Zugänglichkeit sichern.

Der Seniorenbeirat hat in der vergangenen Legislatur eine Wandlung erfahren. Er ist mehr und mehr aus seiner Beraterrolle herausgetreten, in eine Gestalterrolle hinein.

Zur eigentlichen Aufgabe – Beratungsorgan des Stadtrates und der Oberbürgermeisterin zu Vorlagen der Stadtverwaltung und Anträgen der Fraktionen zu sein – hat er sich weitere Aufgaben gestellt. So will er Sprachrohr sein, wenn

Senioren der Stadt Probleme und Anregungen für Veränderungen im täglichen Leben haben, will er sie aktivieren selbst tätig zu werden, er will selbst mitgestalten und nach außen informieren.

## Doch der Reihe nach:

Im Seniorenbeirat wurde, wie in jedem anderen Ausschuss, zu Vorlagen der Stadtverwaltung und Anträgen der Fraktionen beraten und Veränderungen eingebracht. Er wurde aber auch selbst aktiv:

Als es Hinweise aus der Bevölkerung gab, dass die medizinische Betreuung in der Stadt ungleich verteilt ist, lud er sich zur Beratung einen Vertreter der Kasenärztlichen Vereinigung ein.

Er ließ sich über die Arbeit der Dresdner Tafel und zur Tätigkeit der LIGA der Freien Sozialen Wohlfahrtsverbände Dresdens in der Seniorenarbeit berichten.

Neben dem sozialen Engagement lag ihm auch die Unterstützung zum lebenslangen Lernen am Herzen. So waren die Volkshochschule und der Artos-Computerclub, der das Heranführen von vor allen älteren Menschen an die elektronischen Dienstleistungen unserer Zeit zum Ziel hat, im Beirat.

Als die Wellen hoch schlugen in der Stadt ob Versäumnisse im städtischen Pflegeheim der Cultus GmbH, verlegten er zwei seiner Sitzungen in das Heim. Vor Ort sprach er mit dem Heimrat, Angehörigen und Mitarbeitern.

Beim zweiten Besuch konnten er sich davon überzeugen, dass die Mängel abgestellt waren. Die konstruktive und durchaus positive Einnischung, aber auch, dass er die ganze Zeit – ebenso wie die Angehörigen – hinter den Mitarbeitern standen, trug bestimmt auch ein Stück dazu bei, dass wieder Ruhe einzog und der Ruf der Einrichtung nicht weiter beschädigt wurde.

Überhaupt: die Wertschätzung des Seniorenbeirates wird – bei allen, mit denen er beriet – als Bestätigung angenommen und ist auch Ermunterung für die weitere,

oft nicht einfache Arbeit. Die Mitglieder des Seniorenbeirates arbeiten mit in den Fachgremien der Altenhilfe, in den Arbeitsgruppen zur Erarbeitung des Demenzwegweisers, des Begegnungsstättenkonzeptes und des Altenhilfeplans und führten gemeinsam mit dem Sozialamt eine Seniorenkonferenz durch.

2006, anlässlich der 800-Jahrfeier der Stadt organisierte der Seniorenbeirat einen Fotowettbewerb mit dem Titel: „Aktiv im Alter – Senioren in Dresden“. Die Resonanz war groß: 257 Fotos von 92 Einsendern. Die Ausstellung wurde an acht Orten vorgestellt.

Seit Juni 2007 gibt es den Veranstaltungskalender 50+. Er erscheint monatlich auf acht Extraseiten jeweils in der letzten Ausgabe des Dresdner Amtsblattes. Als der Stadtrat 2006 auf Anregung des Seniorenbeirates beschloss, dass ein solcher Kalender eingeführt werden soll, dachten wohl die meisten, dass das wieder eine reine Aufgabe für die Stadtverwaltung sei. Nein, die Beiratsmitglieder nahmen die Sache selbst mit in die Hand, bis heute, wenn sie sich vor dem Erscheinen zur monatlichen Redaktionsitzung mit dem Presseamt und dem Sozialamt treffen.

Auf Initiative des Seniorenbeirates wird es hoffentlich bald das Gütesiegel „Seniorenfreundliche Produkte und Dienstleistungen“ geben.

Nicht unerwähnt soll der Internetauftritt des Seniorenbeirates bleiben. Welcher Ausschuss, welcher Beirat kann das schon von sich sagen? Der Seniorenbeirat berichtet immer mit kurzen Texten von den wichtigsten Tagesordnungspunkten der Beratungen – seit 5 Jahren.

Von Senioren kann man also vor allem auch lernen – unter anderem wie man sich Ziele setzt, wie man dran bleibt und zum Schluss auch Erfolg hat.

(Die Autorin ist Mitglied des Jugendhilfeausschusses und Vorsitzende des Seniorenbeirates)



Die Fraktion „Aktionsbündnis PDS“ während einer Stadtratssitzung. Von links nach rechts: P. Franz, R. Weckesser, H. Schneider, P. Teichmann (Grüne), dahinter Jochen Adolphi



# Linksfraktion im Linksverkehr

Von Dr. Rainer Kempe

Was hat die Fraktion seit 1990 für den Dresdner Verkehr erreicht, was waren bzw. sind unsere „linken“ Ziele in der Verkehrspolitik?

Die wichtigsten bestehen darin:

1. Langfristige und ganzheitliche Konzeptionierung des Verkehrs sowie optimale Kombination aller Verkehrsarten
2. Orientierung des Verkehrs an den Lebensbedürfnissen und Entwicklungsrichtungen der gesamten Stadt
3. Mobilität muss für alle Bürger da und effektiv gesichert werden (am effektivsten ist ÖPNV und Fußverkehr)
5. Verkehr muss ökologisch sein
6. Stadtentwicklung muss kurze Wege für Arbeit, Wohnen, Freizeit bieten

Wo stehen wir heute?

Zum einen eine unnötige, das Welterbe zerstörende Waldschlößchenbrücke, eine 45 Mio. schwere B173 bis zur A17 als tiefe Schnittwunde in Altfranken, über 600 Mio. für eine A17 nach Prag, auf der statt 74.000 KFZ/Tag nur die Hälfte fährt, keine autofreie Zentralhaltestelle an der Kesselsdorfer Straße, erneut Streit um eine vierspurige Königsbrücker Str., über 40 gefällte Großbäume für eine fördergerechte Leipziger Straße ...

Demgegenüber zu wenig Geld für die Sanierung von Sammelstraßen und Nebenstraßennetz, zu wenig Geld für den schnellen Ausbau des Radwegenetzes, zu wenig Geld für stabile ÖPNV-Tarife, zu wenig Geld für Fußgängerbereiche in vielen Stadtteilen ...

Die Aufzählung zeigt ein eher deprimierendes Bild für die einseitig autofixierte Verkehrspolitik in Dresden.

Ein objektives Bild des Verkehrszustandes in Dresden zeigt der Modal split, der Anteil der Verkehrsarten. Von 1987 bis 2003 entwickelte er sich folgendermaßen:

- KFZ-Verkehr: Zunahme von 27 % auf 43 %
- ÖPNV: Abnahme von 36 % auf 20 %
- Radverkehr: Zunahme von 7 % auf 12 %
- Fußgängerverkehr: Abnahme von 30 % auf 24 %

Der KFZ-Anteil und (erfreulicherweise) auch der Radanteil haben zugenommen, ÖPNV und Fußverkehr haben abgenommen. So betrachtet also Ziele verfehlt.

Doch das wäre eine oberflächlich verzerrte Bewertung. Trotz der dominierenden CDU-Verkehrspolitik ist es gerade der PDS gelungen, Schlimmeres zu verhüten, eine

tragfähige Grundlage für eine andere Verkehrspolitik zu erhalten und punktuell auszubauen.

Die PDS hat in den 90er Jahren großen außerparlamentarischen und parlamentarischen Druck entfaltet, der eine Kürzung des Straßenbahn- und Busnetzes verhinderte. Die Bürgerbegehren zum Erhalt der Straßenbahn haben daran maßgeblichen Anteil. Die Finanzierung der DVB konnte gesichert werden und steht heute auf soliden stabilen Füßen.

Die Bedienungsqualität des ÖPNV ist deutlich gestiegen. Im Städtevergleich belegen die DVB bzgl. Kundenzufriedenheit einen vorderen Platz.

Inzwischen erfolgten Straßenbahnnetzerweiterungen (Kaditz, Pennrich), weitere sind in Vorbereitung (Ostragehege, Kemnitzer Str., Johannstadt). Das Busnetz wird verstärkt. Die Verknüpfung mit der S-Bahn wird verbessert.

Die Anzahl der Fahrgäste pro Jahr hat sich trotz gesunkener Bevölkerungszahl von rund 125 Mio. auf ca. 145 Mio. erhöht.

Die KFZ-Belastung nimmt etwa seit 2000 ab, wobei hier vorrangig demografische Faktoren wirken. Diese Faktoren bei der Planung zu berücksichtigen, haben wir bei der Fortschreibung des Verkehrskonzepts nachdrücklich eingefordert. Folgt man dem demografischen Trend, lässt sich z. B. die verkehrliche Notwendigkeit einer Elbquerung am Waldschlößchen gar nicht mehr begründen. Ein schon 1996 von der PDS initiiertes Bürgerbegehren für ein Mehrbrückenkonzept wurde im damaligen Stadtrat für unzulässig erklärt und von den Gerichten abschlägig beschieden.

Auch wenn gegen unseren Willen die stadtnahe A17-Trasse gewählt wurde, so ist es uns danach wenigstens gelungen, die Interessen und Aktivitäten der Bürgerinitiativen gegen Schleichverkehr des Dresdner Südens zusammenzuführen und ein geschlossenes Maßnahmenpaket der Stadt zu erreichen.

Unser politischer Vorteil war, dass wir die Verkehrswissenschaft und die Kompetenz der Verwaltungsfachleute als „natürliche Verbündete“ nutzen konnten. Außerdem standen die Fehler mancher autogerechten Großstädte der alten Bundesländer als warnende Beispiele zur Verfügung.

Ab 1998 haben wir in einem offenen Arbeitskreis „Verkehr“ der Fraktion viele Detailprojekte beraten. Zwei kompetent besuchte und öffentlich beachtete Verkehrskonferenzen haben wir 2000 im Plenarsaal des Rathauses zu den Themen „Verkehrswege“ zu einer attraktiven, dynamischen, sozialen Stadt und „Ist bald Schluss mit Bahn und Bus? auf hohem Niveau gestaltet.



Die PDS-Fraktion während einer Stadtratsitzung 2003

Dieser Arbeitskreis wurde nach 2004 mehrere Jahre lang im linken Spektrum interfraktionell ausgeteilt und schlug sich in gemeinsamen Anträgen nieder, die nicht selten von unserer Fraktion initiiert wurden. Der Erfolg war immer dann am größten, wenn die beteiligten Fraktionen auf Versuche eigener Profilierung verzichteten.

Die Erarbeitung und Umsetzung langfristiger Konzepte durch die Stadt ist wesentlich auf Druck von links erfolgt.

Dazu gehören die Erarbeitung eines Fahrradverkehrskonzepts, ein Konzept der Innenstadtberuhigung, ein Fußwegekonzept, ein Konzept der Straßen- und Brückensanierung, ein Lärmsanierungsprogramm, Tempo 30 in Wohngebieten u.a.

Auf solcher Grundlage konnten wir dann gezielt die Prioritäten

für die Mittelbereitstellung einfordern.

Nicht wenig aus diesen Konzepten und Programmen ist inzwischen realisiert. Dazu gehören Radwegenetzerweiterungen und Lückenschlüsse, neue Fußgängerquerungen im City-Bereich, neue Tempo-30-Zonen, Teile des Parkraumkonzepts Äußere Neustadt, umsteigefreundliche Haltestellengestaltung, um nur einiges zu nennen. Aber vieles ist noch offen.

Zum anerkannten Markenzeichen unseres Wirkens für eine linke Verkehrspolitik ist es geworden, dass wir versucht haben, alle Belange zusammenzuführen, die die Lebensqualität in Dresden beeinflussen und Mobilität für alle sichern. Und dass wir uns bemüht haben, integrierte und integrierende ökologisch nachhaltige Verkehrslösungen mitzugestalten.



Übergabe von 21.000 Unterschriften des Bürgerbegehrens „Hände weg von der Straßenbahn“ 1999. Von links nach rechts: BM Just, Chr. Ostrowski, B. Lässig, R. Kempe, BM Ihme



# Und nun?

Von Ronald Weckesser

Im Laufe der Zeit macht man so seine Erfahrungen: 1990 bereitete es erhebliche Mühe, die Listen zur Kommunalwahl mit Bewerberinnen und Bewerbern zu füllen. In Dresden nicht anders als in den damals noch über 50 Kreisstädten. Erst recht in den ländlichen Gemeinden.

(Immerhin, es war kurz nach der sogenannten »Wende«, von der ein kurzzeitiger Staatsratsvorsitzende und Generalsekretär, Egon Krenz, in totaler Verknennung der tatsächlichen Entwicklung gerade noch tapfer behauptet hatte, sie sei von der Partei eingeleitet worden.

Immerhin, viele, die sich vielleicht ganz gern zur DDR, zu SED und PDS bekannt haben würden, befürchteten existenzielle Nachteile für sich und ihre Angehörigen – darunter selbst heutige Parteifunktionäre! Sie beschränkten sich bestenfalls darauf, unter vier Augen ihre Ängste zu formulieren und ihre Wahlabsichten zu offenbaren. Einer der meistgehörten Sprüche lautete: »Im Übrigen weiß ich natürlich, wohin ich gehöre und wie ich zu wählen habe!«

Immerhin, an künftige Karriere war über diese Partei auch nicht

zu denken. Und die »Privilegien« für ehrenamtliche Abgeordnete, in Höhe von monatlich 160 Mark der DDR, zuzüglich kostenloser Straßenbahnnutzung, waren noch nicht geeignet einen »angemessenen Lebensunterhalt« zu sichern.

Und immerhin, ein Parteiverbot war nicht eben unwahrscheinlich, Finanzskandal und nächste große Parteiaustrittswelle standen erst noch bevor! Doch dieser alte Schnee ist längst getaut.

Wenn es heute erneut schwer fällt die Listen für die Kommunalwahlen zu füllen – diesmal aus ganz anderen Gründen – trifft das zumindest für Dresden nicht zu: Hier Stadtrat zu sein, ist lukrativ.

Doch zurück zum Anfang.

In der ersten PDS-Fraktion gab es praktisch keine kommunalpolitische Erfahrung, learning by doing hieß die Devise. Ihre Mitglieder kamen aus Industrie und Wirtschaft, aus der Wissenschaft, aus »bewaffneten Organen« sowie dem Parteiapparat.

Was sie einte, war guter Wille und – stellvertretend für Viele – die Weigerung, ihrem bisherigen Leben abzuschwören. Doch selbst wenn sie schon in der alten Stadtverordnetenversammlung geses-



Stadträte Gunhild Lattmann und Dieter Teichmann, 1. Wahlperiode



Christine Ostrowski und Jan Mücke beim Fahrradtag 1998.

sen hätten, es hätte nichts genützt. Es waren völlig neue Aufgaben: statt mühsam den Handel zu organisieren und die Versorgung der Bevölkerung abzusichern, beschäftigte sich der Rat mit der »Entflechtung«, der Abwicklung und Privatisierung der staatlichen Handelsorganisation. Heute bietet demgegenüber das Überangebot an Verkaufseinrichtungen und -flächen Anlaß zur Klage. Flächendeckende Straßenumbenennungen waren damals angesagt. Und die PDS-Fraktion war isoliert, in Quarantäne sozusagen.

Da wirkte einer ihrer Anträge, Dresden zur Atomwaffenfreien Stadt zu erklären, etwas peinlich, zwar nicht im Grundanliegen, wohl aber in der unausgesprochenen Unterstellung, es gäbe solche Waffen in Dresden, bzw. ihre Stationierung sei beabsichtigt. Der Kontext, der sich heute nicht mehr von selbst erschließt: Durch Medien und die Gerüchteküche geisterten vermeintliche sowjetische Atomraketen in der Dresdner Heide!

Derlei innere Konflikte, letztlich zwischen einem guten Anliegen und von den Menschen empfundener Wahrhaftigkeit, womit die

Gefahr besteht, daß Glaubwürdigkeit auf der Strecke bleibt, bewegten die Fraktion immer wieder. Sei es 1995 bei der Warnung vor Folgen der Autobahn A 17, sei es 2004 bei der Beschwörung massenhafter Zwangsumzüge. Das Leben hat sie korrigiert, die Glaubwürdigkeit aber wurde beschädigt.

In dieser Zeit hat sich die Stadt insgesamt einen Zustand und einen Ruf erarbeitet, die kommunalpolitische Handeln wieder möglich machen. Der Rat ist in der Lage und verfügt über die materiellen Möglichkeiten, die Interessen der Einwohnerschaft aufzugreifen, sie gegeneinander abzuwägen und verantwortungsbewußt umzusetzen. Fast frei von obrigkeitlicher Einflußnahme.

Seien es Neubau und Sanierung von Schulen und Kindertagesstätten, ein neues Fußballstadion, ein Operettenneubau, Umbau und Sanierung des Kulturpalastes, erhebliche Fortschritte in der Sanierung der Verkehrswege.

Gemessen an den Bedürfnissen seiner Einwohner und Gäste, ist die Stadt auf einem guten Weg.

Den muß sie nun ohne eine Fraktion in der Tradition der PDS weitergehen. Und sie wird es tun.



# Resumé

Von Christine Ostrowski

Klar geh' ich mit einem lachenden und einem weinenden Auge. Denn Kommunalpolitik habe ich immer sehr gern gemacht, viel lieber als die Politik im Bundestag oder im Landtag. Mein Herz hängt dran. Irgendwie. Und ich werde selbst die ekligen Debatten im Stadtrat vermissen – jene, in denen die Ideologie dominierte und der Verstand erst hinten ankam, wenn überhaupt vorhanden.

Wenn mir früher die Journalisten die beliebte Diätenfrage stellten, hab ich stets kühn geantwortet, dass die höchsten Diäten eigentlich den Gemeinderäten zukommen müssten, weil deren Arbeit viel schwieriger ist. Aber genau das machte den Reiz dieser Tätigkeit aus und genau das war es, warum ich kommunale Politik besonders liebte.

Im Bundestag oder im Landtag ist es vergleichsweise leicht, sich auf linke Symbolpolitik zu konzentrieren, gar zu beschränken. Nach Herzenslust kann man beispielsweise generell und grundsätzlich gegen Privatisierung sein und das ganze Land mit Privatisierungs-Stopp-Plakaten vollkleben. Und man kann die allgemeinen Attitüden unendlich oft wiederholen, die da lauten, dass man Tafelsilber nicht verscherbelt, dass die Gebühren steigen, weil ein Privater ja immer Gewinn machen muss (wieso eigentlich kann ein kommunaler Betrieb auf Gewinn verzichten?), dass die Daseinsvorsorge verlustig geht, dass die Politik an Einfluß verliert, dass Privatisierung überhaupt, quasi von vornherein zu verurteilen ist ... Und so weiter und so fort.

In der Stadt aber wird's konkret und damit kompliziert. Die Probleme, die eine Kommune in der Regel hat, waren und sind mit o.g. politischen Allgemeinplätzen jedenfalls nicht zu lösen.

Es hat auch in der PDS-Fraktion seine Zeit gebraucht, um dies zu erkennen und zu einer Haltung zu finden, die sich nicht auf Verweigerungshaltung und schlichtes Oppositionsgehabe reduziert. Gehöfen hat uns bei diesem Prozess – wie so oft im Leben – das Faktische. Denn in der zweiten Wahlperiode von 1994 bis 1999 hatten die „Linken“ von PDS, SPD und Grüne im Stadtrat eine Mehrheit, und es bestand auf einmal die „Gefahr“, dass unsere Anträge beschlossen werden. Wir hatten plötzlich Verantwortung für das, was wir eingebracht hatten und mussten die Auswirkungen auf die Stadt und ihre Bürger viel ernster bedenken als zumeist reiner Opposition. Das disziplinierte und forderte uns.

Zur auch schon in der PDS zentralen Frage der „Privatisierung“

gab es über Jahre hinweg (deutlich mehrheitlich) Konsens in der Fraktion, jeden Einzelfall so genau wie möglich auf seinen Nutzen und seine Folgen für die Stadt und ihre Bürger zu prüfen und sich nicht auf einfache Formeln zu verlassen.

Das haben wir dann stets so gehalten und praktiziert: bei der Veräußerung von 49% Anteilen an der Stadtreinigung und beim Verkauf der Stadtentwässerung. Heute, mit gehörigem Abstand, erweist es sich als richtig, uns den damaligen Entscheidungen nicht verschlossen zu haben. Unken- und Katastrophenerufe erwiesen sich als falsch. Die Abwässer der Bürger werden mit hoher Qualität entsorgt, die Stadtentwässerung konnte neu investieren, die Gebühren blieben – im Gegensatz zur städtischen Abwasserplanung – weitgehend stabil. Und schon damals wurde der Verkaufserlös verwendet, um Schulden zu tilgen, die Stadtanleihe abzulösen. Auch die Stadtreinigung funktioniert mit dem privaten Anteilseigner perfekt.

Auch beim innerparteilich so heftig umstrittenen WOBA-Verkauf war – trotz der Kürze der Zeit – die Prüfung möglichst aller Umstände für jene neun Fraktionsmitglieder, die dem Verkauf zustimmten Grundlage ihrer Entscheidung.

Einerseits die hoch verschuldete Stadt, ein großes Defizit im Haushalt, Sanierungsstau ohne Ende bei Schulen, Kitas, Straßen und daraus resultierend ein Sparkonzept, das Dresden zu einer „toten“ und unsozialen Stadt gemacht und die kommunalen Handlungsspielräume

me aufs Engste eingeschränkt hätte. Dazu ein Wohnungsleerstand von 40.000 Wohnungen bei stabiler bzw. leicht steigender langfristiger Bevölkerungsprognose.

Andererseits das „Aus-der-Hand-geben“ der noch verbliebenen kommunalen Wohnungen, die Ängste der Mieter, zu erwartende heftige politische Auseinandersetzungen ob des Tabubruches.

In Abwägung dieser Umstände war für uns neun „Tabubrecher“ klar, dass der Verkauf die einzige reale Chance war, sich ohne massive Kürzungen im Bereich der freiwilligen Leistungen (Soziales, Kultur und Sport) aus einer akuten Notlage zu befreien.

Wir haben die Bedingung gestellt, den Verkaufserlös radikal zur städtischen Schuldentilgung einzusetzen. Und wir haben eine Sozialcharta initiiert, die über das Mietrecht hinaus weiteren Schutz für die WOBA-Mieter bietet. Und haben deren Annahme ebenfalls zur Bedingung für unsere Zustimmung gemacht.

Heute – drei Jahre nach dem Verkauf – überwiegen die Vorteile für das Dresdner Gemeinwesen deutlich, keines der von den Gegnern des WOBA-Verkaufs behaupteten Katastrophenszenarien hat sich bislang bewahrheitet.

Mehr noch! Dresden hat sich seine Gestaltungsspielräume zurückgeholt. Was das bedeutet, ist an allen Ecken und Enden der Stadt zu besichtigen: beispielsweise menschenhaft sanierte bzw. neue gebaute Schulen und Kindertagesstätten, ein verschönerter ZOO, das Fuß-

ballstadion, erheblich Fortschritte im Nebenstraßennetz, viele neue Spielplätze, dazu sollen der Opernneubau und der Umbau des Kulturpalast u.a. kommen.

Kita-Plätze für alle ist zu einem realistischen Ziel geworden – in wenigen Jahren werden alle Eltern, die es wünschen, ihr Kind in eine Kita bringen können. Die Sportförderung hat eine neue Dimension erhalten, der Dresden-Pass wurde finanziell gestärkt.

Man soll nicht übermütig werden, aber: die Landeshauptstadt ist im Vergleich zu anderen Städten in einer bemerkenswert komfortablen Lage. Ich hoffe und wünsche, dass dies von den künftigen Stadträten nicht wieder aufs Spiel gesetzt wird.

Rückblickend behaupte ich: die positive Beantwortung der WOBA-Verkaufs-Frage hat erwiesen, was wirkliche linke Politik auszeichnet. Die Konsolidierung der städtischen Finanzen hat in Dresden Sozialpolitik überhaupt erst wieder möglich gemacht.

Demgegenüber mag die von der abgespaltenen neuen LINKE-Fraktion mit Vehemenz betriebene ideologische Symbolpolitik manchem das Herz erwärmen – für die Bürger bewirkt sie real gar nichts.

Die zurückliegende Wahlperiode ist nicht nur die erfolgreichste für die Linksfraktion.PDS, sondern – so sehe ich das – auch die erfolgreichste für die Stadt Dresden.

Das ist ein gutes Gefühl. Und so gehe ich eben auch mit einem lachenden Auge. Und sag mir: das hast du gut gemacht, Christine.

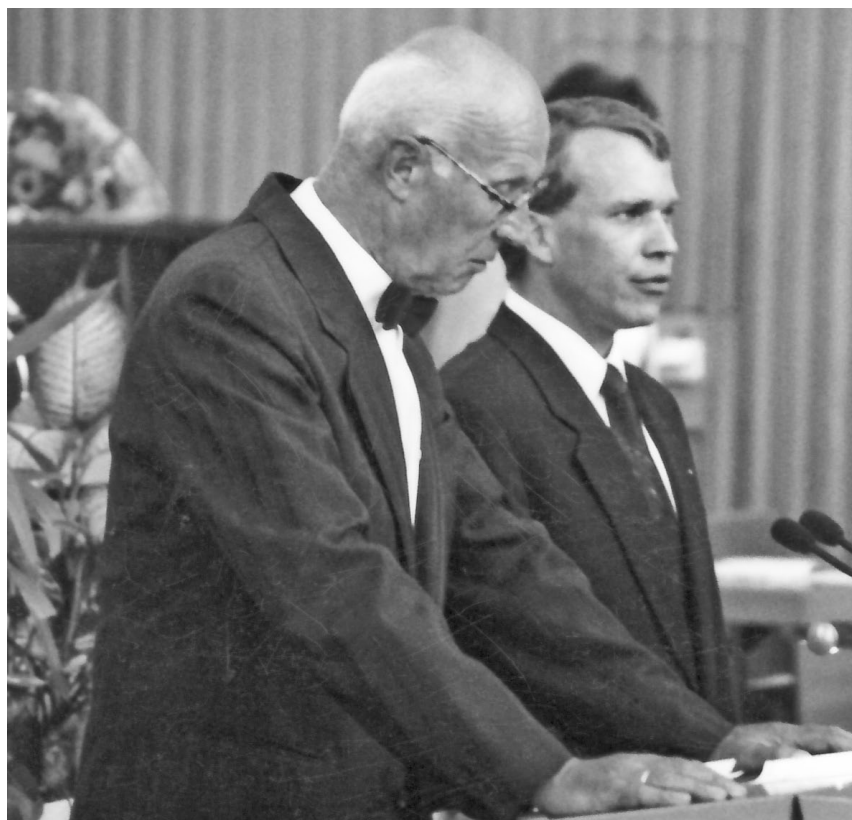
... Natürlich versteht die PDS kommunale Betriebe nicht in erster Linie als Vermögensmasse sondern als Funktionseinheiten der Kommune, präziser: als Einrichtungen zur garantierten Absicherung der Daseinsvorsorge der Bürgerinnen und Bürger. Wie übrigens alle anderen Parteien in Dresden auch. ...

Die PDS neigt gefühlsmäßig einer ... Bevorzugung kommunalen Eigentums zu. Auch, wenn dabei ihr eigener Einfluß genauso gering ist wie bei formaler oder materieller Privatisierung. Und selbst dann noch, wenn solche kommunalen Einrichtungen erfahrungsgemäß zur Unterbringung unfähiger, abgewählter oder zurückgetretener Vertreter gegnerischer oder konkurrierender Parteien mißbraucht werden, wenn nachweislich die mit der Politik eng verfilzten Vorstandsgremien über Jahre weg durch schlampige und fehlerhafte Prognosen die Bürgerschaft mit überhöhten Beiträgen und Abgaben belasten. Selbst die am eigenen Leibe gemachte Erfahrung, dass ehrenamtliche Aufsichtsräte sowohl zeitlich wie sachlich außerstande sind, ihre Aufsichtspflicht verantwortlich wahrzunehmen, schreckt nicht ab. ...

aus: Kritische Anmerkungen zu den Konferenzthesen zu Stadthaushalt, Verwaltungsmodernisierung, Personalpolitik  
Chr. Ostrowski, R. Weckesser, 18.9.2003



Ronald Weckesser und Rainer Kempe lesen das Dresdener Blatt



Alterspräsident Dieter Teichmann bei der Verurteilung von OB Ingolf Roßberg 2001

### Von Ronald Weckesser

Die Ansiedlungspolitik in Dresden gehört zu den Punkten, bei denen einerseits der Lernvorgang von Partei und Fraktion besonders deutlich wurde, an denen andererseits aber auch erhebliche taktische Fehler erkennbar wurden.

So war zwar einerseits die inhaltliche Position wichtiger Fraktionsmitglieder durch deren Vorgeschichte in staatlichen und industriellen Einrichtungen der DDR geprägt. Von daher resultierten technisches und technologisches Fachwissen sowie Verantwortungsgefühl und Arbeitsdisziplin. Dennoch gelang es der politischen Konkurrenz lange und erfolgreich, der PDS-Fraktion ein »Verhindererimage« anzuhängen. Das wiederholte sich bei fast allen leidenschaftlich in der Öffentlichkeit diskutierten Investitionsvorhaben. Beispielhaft seien Infineon und AMD sowie die Gläsernen Manufaktur am Straßburger Platz genannt.

Die Fraktion war sich immer der guten Standortbedingungen in Dresden bewußt, sie wußte um das hervorragend ausgebildete Personal, kannte – zum Teil aus persönlichem Erleben und einem breiten Bekanntenkreis – den Wunsch vieler, wieder in Bereichen tätig zu sein, wofür sie ausgebildet waren und wo sie teils jahrelang praktisch tätig waren. ROBOTRON, ZMD, Betriebe im Dresdner Umland, zum Beispiel in Radeberg, die Technische Uni mit ihren Instituten, die Fachhochschule und so fort – sie alle hatten einst viele Tausend Menschen beschäftigt.

Doch genau dieses in der Fraktion vorhandene Wissen verlockte dazu, in fast jede Falle zu tappen.

Wenn sich die Fraktion – etwa bei der AMD-Ansiedlung – zwar explizit dazu bekannte, jedoch einer Fläche im benachbarten Gewerbegebiet den Vorzug gab, wurde daraus nicht geschlossen, daß sie eine bessere, weil von ihren geologischen und infrastrukturellen Voraussetzungen, sowie der Finanzierbarkeit her ebenso geeignete Variante vorschlug, die zusätzlich noch die Umweltschutzaspekte besser berücksichtigte, sondern es wurde ihr unterstellt, »in Wahrheit« das Ziel zu verfolgen, das Projekt insgesamt verhindern zu wollen.

Ähnlich war es der Fraktion auch schon mit SIEMENS, sowie den meisten anderen großen Vorhaben ergangen. Vergleichbar war es bei Verkehrsbauvorhaben, etwa der Autobahn A17 und natürlich der Waldschlößchenbrücke.

Alle Versuche, nicht bequemerweise die erwartete Extremposition einzunehmen, sondern aus der Sache heraus eigene Vorstellungen zu entwickeln und mit diesen die Meinungsführerschaft anzustreben – erinnert sei an das Bürgerbegehren für ein Mehrpartei-Konzept unter der Überschrift »Brücken gegen den Stau« – stellten sich als ausgesprochen schwierig heraus, das begann oft schon in Fraktion und Partei.

Doch eine sich dem Kriterium der Journalistenfreundlichkeit unterwerfende Kultivierung der Kontroversen »der Guten« gegen »die Bösen«, wird zumeist weder den Fakten, noch den tatsächlichen Interessen der Bevölkerung gerecht. Und erschließt folglich nicht einmal zusätzliche Wählerschichten.

Ein entsprechender, fortschreitender Erkenntnisprozeß wird durch die Kommunalwahlpro-

# Ansiedlungslogik

gramme ebenso dokumentiert, wie durch das Handeln der Fraktion.

Eine weitere Schwierigkeit ergab sich aus der Diskussion um die sogenannte Leuchtturmstrategie der Staatsregierung, für die sich Dresden als dankbares Feld erwies.

Die anfängliche, komplizierte Debatte um inhaltliche Ausrichtung und räumliche Verteilung derartiger industrieller Entwicklungskerne, glitt über die Zeit ab in den anschaulichen, medial leicht verdaulichen, doch im Kern unfruchtbaren Streit um pro und contra zu dieser Strategie an sich.

Davon blieb auch die städtische Debatte nicht unberührt.

Und die aktuellen Entwicklungen, mit Finanz- und Wirtschaftskrise, Qimonda-Pleite und den Schwierigkeiten bei AMD, scheinen nun diejenigen zu bestätigen, die diese Politik schon immer skeptisch beurteilt oder gänzlich abgelehnt haben. Dabei wird regelmäßig ausgeblendet, daß über zehn Jahre zehntausende Menschen davon profitiert haben, daß auch die Stadt als Ganzes davon profitiert hat.

Die alte Marx'sche Erkenntnis, daß die Entwicklung der Produk-

tivkräfte sich die ihr gemäßen Produktionsverhältnisse notfalls erzwingt, hat hier konkrete Gestalt angenommen:

Die Innovations- und Umweltschleifen beschleunigen und verkürzen sich, die Kosten steigen und die Proportionen zwischen steigenden Entwicklungs- und Vertriebskosten auf der einen, sowie sinkenden Material- und Arbeitskosten auf der anderen Seite verschieben sich. Gleichzeitig entstammen geltende Rahmenbedingungen, etwa Förderpolitik und Wettbewerbsrecht der Europäischen Union einer vergangenen Epoche.

Sich derartigen Veränderungen zu stellen, ist aber leichter gesagt als getan.

Doch sie auszublenden, ersatzweise wohlfeile Forderungen an andere zu stellen oder »Räuber und Gendarm« zu spielen, birgt weit größere Risiken. Zunächst das, tatsächlich nicht mehr gebraucht zu werden.

Das gilt im Großen, wie es auch Kleine – Fraktionen und Parteien in Dresden – betrifft. Dem hat die Fraktion immer versucht aktiv entgegen zu wirken.

BILD, 15.6.2004

## Wahlhitparade Die Rote Christine liegt in Dresden vorn

Von W. MÜLLER  
Dresden – Welche Politiker sind wirklich beliebt? Das bestimmt allein der Wähler. Dazu gab es in Dresden eine dicke Überraschung – beliebteste Politikerin ist hier PDS-Frau Christine Ostrowski (56). Sie hamsterte in der Dresdner City die meisten Stimmen – 8156! „Ein schönes Gefühl. Aber ich habs mir verdient, war ständig auf Achse und für die Leute da“, jubelte die „rote Christine“. Hier die gesamte Hitparade der beliebtesten Politiker Dresdens: Platz 2: CDU-Nachwuchsmann Steffen Kaden (32). 6483 Stimmen. Platz 3: Skatermutter und Eislöwen-Chefin Barbara Lässig (48, parteilos). 6455 Stimmen. Platz 4: Dresdens „rote Lady“ Ingrid Mattern (40, PDS). Platz 5: Dr. Helfried Reuter (54, CDU). Platz 6: Klaus Dieter Rentsch (56, CDU). Platz 7: Dietmar Häbler (52, CDU). Platz 8: Dr. Ralf Lunau (39, PDS). Platz 9: Jürgen Eckoldt (61, CDU). Platz 10: Christa Müller (51, CDU)!

Gestern verkündete Wahlleiter Detlef Sittel (35, CDU) das amtliche Ergebnis: Die CDU verlor von 43 auf 28 Prozent, hat 21 Sitze im Rat (bisher 32). Zweitstärkste Kraft ist die PDS mit 23 Prozent, behält 18 Sitze. Vor der SPD (11 Prozent/9 Sitze)

Gewinner ist die FDP mit sieben Prozent der Stimmen (früher vier Prozent). Sie bildet wieder eine eigene Fraktion mit fünf Stadträten (vorher zwei Räte). Die Grünen legten von 5,8 auf 11 Prozent zu, nun acht Räte (bisher vier). Das rechte Nationale Bündnis stellt mit vier Prozent der Stimmen drei Stadträte. Die „Kleinen“ wie Volkssolidarität (1,7 %), Bürgerliste Dresden (zwei %), freie Bürger (fünf Prozent) haben zwei, die DSU (zwei %) einen Sitz.

Platz 1 in der Wahlhitparade belegt die PDS-Frau Christine Ostrowski (56), Platz 2 für den CDU-Mann Steffen Kaden (32), und auf Platz 3 rangiert die Parteilose Barbara Lässig (48)



# Wahltag sind Zahltage. Ein Blick darüber hinaus

Von Ingrid Mattern

Angesichts der aktuellen Umfragewerte für die Dresdner LINKE ging mir die Frage durch den Kopf, was für diese Partei schwerer wiegt: Der Verkauf der WOBA oder der auch an anderen Indizien sichtbare Niedergang des einstmaligen erfolgreichen Stadtverbandes?

Die „Unfehlbaren“ werden auf Erstem bestehen und Zweites abstreiten, oder – der geistige Verfall nehme seinen Lauf – die Schuld für die katastrophale Lage des Stadtverbandes im Jahr 2009 den damaligen WOBA-Verkäufern von 2005 zurechnen.

Nachdenklichere Menschen könnten sich fragen, ob das eine mit dem anderen überhaupt zusammenhängt, zumal seit langem kein einziger „WOBA-Verkäufer“ irgendeine Führungsfunktion in der LINKEN inne hat.

Aber Nachdenken ist in der Dresdner LINKEN nicht mehr sehr gefragt, unliebsame Denkergebnisse werden im Zweifelsfall „weg“-beschlossen. Es gibt wieder Ausgrenzungsbeschlüsse gegen Parteimitglieder und niemand aus der „Führung“ wollte sie zurück nehmen oder auch nur in Frage stellen.

Jeder, der schon einmal Führungsverantwortung in einer Partei inne hatte, weiß, wie man Mehrheiten für Beschlüsse „organisiert“. Das ist nicht verwerflich, sondern existenziell.

Dennoch muss das Handeln der Parteiführung in der Hauptsache darauf gerichtet sein, die Partei „mitzunehmen“, viele um sich zu scharen, die Unterlegenen aufzurichten, dem Ganzen Sinn zu geben und die Aktiven für den Erfolg zu motivieren – alles Dinge, die man nicht „herbei“-beschließen kann.

Genau dies war jedenfalls über 15 Jahre das Erfolgsrezept der Dresdner PDS, das sich in den guten Wahlergebnissen der vergangenen Jahre bis 2004 niederschlug.

Heute leistet es sich die Dresdner LINKE ca. 30 % der Aktiven „links“ liegen zu lassen. In einer so derart überalterten Partei wie der LINKEN, sind die Aktiven, also die 16 bis 65-Jährigen, praktisch Goldstaub.

Wer in Wahlkampfzeiten, wie wir sie gerade erleben, auf 80 bis 100 Aktive verzichtet, handelt unverantwortlich. So schlägt man den emanzipatorischen, pluralistischen Anspruch der LINKEN in den Wind und diesen Menschen, die über 20 Jahre für diese Partei gestanden haben, ins Gesicht.

Eine Partei, die mit der Geschichte der PDS ausgerüstet ist, mit den Erfahrungen der Wende: nie wieder Funktionärspartei zu

so ehrlich wie es ging, begonnen aufzuarbeiten. Für dieses Unrecht hat sich die PDS nicht nur vor dem Volk entschuldigt, sondern in Programm und Statut niedergelegt, dass solches Handeln nie wieder zu ihrer Praxis gehören wird.

Ich hoffe, dass die große Mehrheit der Linken in Deutschland und insbesondere im Osten nach wie vor davon nicht abrückt. Trotzdem spüre ich seit einiger Zeit den kalten Atem der Vergangenheit

ner LINKE derzeit anführt, wird es deshalb auch in Zukunft nicht geben.

„Zum Glück haben wir die Erfahrung gemacht, in anderen Zusammenhängen keine ‚Nichtse‘ zu sein.“, schrieb vor wenigen Tagen eine Freundin.

Und ein älterer, von mir hochgeschätzter Genosse charakterisierte ein sich kürzlich im Parteiorgan gegen Andersdenkende entäußerndes Stadtvorstandsmitglied: „Aber er ist für mich nicht die Partei...“.

Was geht in den Köpfen meiner Freunde vor, die sich seit längerem die Anerkennung für ihr Engagement außerhalb der Partei suchen, sich neue Betätigungsfelder und neue Freundeskreise erschlossen haben, wo sie keine „Nichtse“ sind, dann aber immer wieder und fast unerklärbar mit dem Herzen für diese Partei einstehen, obwohl sie von den gegenwärtig führenden des Stadtvorstandes in fatalster Weise beleidigt, erniedrigt und immer wieder diffamiert wurden?

Ich finde, dass wir Linke aus uns selbst heraus sein können. Hundertfach haben wir das bewiesen und so gelebt. Eine Parteinute hat jedenfalls niemand von uns mehr nötig.

Es ist an der Zeit. Lasst uns die anderen Zusammenhänge, von denen meine Freundin schrieb, endlich zu unseren gemeinsamen machen. Wenn das Halali des Wahlkampfes in unserer Stadt Dresden verklungen sein wird, brauchen wir solche Zusammenhänge für uns.

Und dann leben wir doch einfach unser Leben mitten unter den Menschen, die wir schätzen, die uns schätzen, dort wo wir Gleiche unter Gleichen sind. Damit beginnt Assoziation, Gesellschaftlichkeit, Kultur.

Und darüber hinaus: In diesem Land liegen die sozialen, kulturellen, bürgerschaftlichen Probleme ja offen – die Betätigungsfelder für uns sind reichlich. Unsere Zusammenhänge werden „linke Zusammenhänge“ sein, aber andere. Und noch nie habe ich dieses Wort so konkret verwendet: selbstbestimmte.

Kontakt: ingrid.mattern@gmx.de



Titelseite des Dresdner Blätt'l. 10/2007

sein, die Basis als Kriterium des Handelns zu sehen, Toleranz, Solidarität, Demokratie als Grundhaltung – vor allem Andersdenkenden gegenüber – zu praktizieren und insbesondere jeder Spielart des verhängnisvollen Stalinismus in den Weg zu treten – eine solche Partei, so war ich überzeugt, kann nie wieder Züge der alten SED annehmen, weil sie das Unrecht ja selbst durchlebt hatte, das in Namen der Diktatur des Proletariats geschah und das u.a. von Parteikontrollkommissionen und mit „erzieherischen Maßnahmen“ selbst gegen die eigenen Genossen durchgesetzt wurde.

In dem schmerzlichen Prozess von 1989/90 hat die Gründergeneration der PDS dieses Unrecht differenzierter als es in einem Zeitungsbeitrag möglich ist und

wieder. „Wir weinen ihnen keine Träne nach...“, so rief es Erich Honecker den über die ungarische Grenze flüchtenden DDR-Bürgern hinterher. Er und die Seinen verloren kurze Zeit später alles.

Als Thomas Westphal am 5. April des Jahres Dutzende Parteimitglieder, die dem Vorstand nicht zum Munde reden, kritisch bleiben und ihr Gehirn nicht an der Garderobe abgeben, wenn sie einen Parteitagssaal betreten, als zu vernachlässigende Größe bezeichnete, als Menschen, auf die man verzichten könne ..., hat ihm seitens der Führung niemand widersprochen. Für viele ist in diesem Moment aber das Fass endgültig übergelaufen. Niemand ist zur Selbsterniedrigung verpflichtet.

Eine Unterwerfung unter diese Funktionärsclique, die die Dresd-



# Meine Stadt ...



Petra Fischer mit Uli Stephan im Fraktionsraum der Linksfraktion.PDS

## Von Petra Fischer

### Was erwarte ich als Bürgerin von meiner Stadt?

Kinderbetreuungs- und Bildungsmöglichkeiten und dem Einkommen angepasste Kosten.

Erwerbsmöglichkeiten, Wohnung, Kultur, eine grüne Umgebung, saubere Luft und möglichst viel Sonne, aber die nicht zu heiß.

Jeder setzt nach seinen persönlichen Bedürfnissen Prioritäten.

Bei mir waren das als Mutter von zwei Kindern und dadurch Kundin von diversen Ämtern vor allem funktionierende Behördenstrukturen, und freundliche Menschen hinter den Schreibtischen.

Wenn die Wünsche nicht mit der Realität übereinstimmen, sind in der Regel „Die da oben“ dran Schuld. Also Bund, Land und Kommune, also hier „Die Stadt“. Welche Verantwortungen genau bei wem liegen und wer welche Entscheidungsbefugnisse hat weiß ein Normalbürger eigentlich nicht.

Die Zusammensetzung des Stadtrates nimmt man zur Wahl wahr und verbindet damit Hoffnungen auf gewisse Wirkungsmechanismen.

PDS im Stadtrat bedeutete für mich eigentlich immer das Vorhandensein eines Gegengewichts. Vertreter von Interessen benachteiligter Gruppen die dafür sorgen,

dass alles doch irgendwie sozial gerecht bleibt und niemand ganz an den Rand der Gesellschaft gedrückt wird.

### Eine Rückschau:

Am 06.05.1990 wird die neue Stadtverordnetenversammlung gewählt. Die PDS erhält 19 Sitze. Damals brach gerade die Wirtschaft im Osten zusammen.

Pünktlich vor der Währungsreform wird meine Tochter geboren. Doppelte Freude beim Opa. Kurz darauf besaß das Kind ein gut gefülltes Konto, wenige Tage später in der Währung D-Mark.

Zum 30.6.1991 kündigte Elektromat seiner Belegschaft wegen Betriebsschließung und ging in Liquidation. Meine Arbeitslosenmeldung konnte ich gleich im Speisesaal des Betriebes erledigen. Bei Gewerkschaften glühte der Polylux. Die Leute standen Schlange für das gemeinsame Ausfüllen der Unterlagen für eine Kündigungsschutzklage. Ich war „erfolgreicher“ Kläger da im Babyjahr gekündigt.

Diese Situation verschaffte meiner Tochter auf die Schnelle einen Ganztagskrippenplatz und mir die Möglichkeit, „meinen“ Betrieb mit auszuräumen und Dinge zu erleben, die Stoff für einen Wirtschaftskrimi geliefert hätten.

Als die PDS 1994 Unterschriften gegen die Einführung des westdeutschen Vergleichsmietensystems sammelte und vor drastischer Erhöhung der Preise für Wohnraum warnte, war ich schon beim Umziehen. Die EWG verkaufte Häuser, ohne Mieter versteht sich.

Im Juni 1994 wird ein neuer Stadtrat gewählt. Die PDS erhält 16 Sitze.

Ich halte den IHK Abschluss als DV-Kauffrau in den Händen. Allerdings werden zu dieser Zeit kaum Leute gesucht die Daten verarbeiten und verkaufen, noch dazu mit zwei kleinen Kindern. Ein einziges zukunftssträchtiges Angebot kam aus dem Westen. Ich erwog, Dresden zu verlassen. Zum Arbeitsvertrag kam es nicht, da ich „das Problem mit den Kindern“ nicht lösen konnte. Was mich dazu verleitet, über die Schaffung von Kleinkinderklappen nachzudenken.

Weihnachten 1996 werde ich mit einem höchst sozialem Thema konfrontiert. Drohende Wohnungslosigkeit. Gegen den Mieter der Wohnung, in der ich mit wohne ist eine Räumungsklage anhängig. Für den, der so eine Klage erhält, ist damals eine Beratungsstelle der Stadt zuständig, für Mitwohnende keiner. Das Wohnungsamt hat seine Vorgaben. Ausziehen, obdachlos melden und dann gibt 's eine neue (WOBA)Wohnung.

Das Wohnungsproblem löste sich. Dank einer Mitarbeiterin der Stadt die eigentlich nicht zuständig war, sich aber zuständig fühlte.

Heute gibt es Sozialarbeiter bei großen Wohnungsunternehmen, die schon im Vorfeld versuchen steuernd einzugreifen. Beratungsstellen sind heute besser gerüstet als damals. Ich gehe davon aus, das daran die PDS-Fraktion auch einen sehr großen Anteil hat.

Aus dieser Zeit rührt mein gespaltenes Verhältnis zur WOBA. Eine Stadt sollte Zugriff auf einen gewissen Anteil vom Wohnungsbestand haben, aber der soziale Verein, der sich rührend um Bedürftige kümmerte, wie es nach dem Verkauf von einigen hingestellt wurde, ist die WOBA in meinen Augen nie gewesen.

Meine Kinder nutzten derweil fleißig den Ferienpass, von der Stadt angebotene preiswerte Ferienfahrten und die Stadtranderholung.

Mit dem Thema Schulsanierung, auch immer wieder von der PDS angemahnt, wurde ich vertrauter, seitdem meine Kinder das Gymnasium Cotta besuchten.

Bei jedem Elternabend konnte man den Sanierungsbedarf eines anderen Klassenzimmers besichtigen. Besonders lustig sollen

Ballspiele in der Turnhalle gewesen sein. Wer zu hoch warf, durfte den abgefallenen Putz aufkehren. Dann ging das Spiel weiter.

Vor jeder Wahl kündeten Plakate von netten Menschen die, so sie denn gewählt würden, diese Schule samt Turnhalle sanieren wollten. Nach der Wahl ... Lassen wir das.

1999 wird ein neuer Stadtrat gewählt. Die PDS erhält 18 Sitze. Langsam wird in Dresden das Geld knapp. Man konnte es damals der Presse durchaus entnehmen. Wahrscheinlich übersah man aber in der Fülle der Informationen verteilt über einen Zeitraum von mehreren Jahren die Zuspitzung und Dramatik der Sache. Ich habe damals nicht wahrgenommen, wie ernst die finanzielle Lage für Dresden wirklich war.

Im August 2002 hat nach schweren Regenfällen die Weißeritz heimtückisch ihr altes Flussbett gesucht und gefunden, und die Elbe steigt und steigt. Teile von Dresden stehen unter Wasser und es herrscht Ausnahmezustand. Nicht beim Arbeitsamt. Auf die Frage nach Einsatzmöglichkeiten kommt die Antwort: Ehrenamtliche Arbeit nur unter drei Stunden am Tag, sonst sind Sie nicht vermittelbar. Auch wenn das Wasser bis zum Hals stand, die Bürokratie funktionierte.

Im Oktober 2002 berichtet die SZ von dramatischen Sparplänen der Stadt. Im Haushalt fehlen über 51 Millionen Euro. Alle kommunalen Krippenplätze und 4.595 Hortplätze stehen auf der Streichliste. Ein Drittel der Kita-Mitarbeiter soll gehen. Die Staatsoperette soll schließen. Kürzungen beim Straßenunterhalt und Einschnitte bei Bus und Bahn sind geplant. Selbst den neuen Finanzbürgermeister will der Oberbürgermeister einsparen. Die PDS beschließt, gegen die Kürzungspläne Sturm zu laufen.

Auch in meiner Haushaltskasse wird es eng. Arbeit ist nicht in Sicht, und die Stadt darf mir ergänzende Sozialhilfe zahlen.

Dies bedeutet, auch für das noch so kleinste Unterrichtsmittel der Kinder, wie die Sternkarte für den Astronomieunterricht, einen extra Antrag zu stellen. Jede Bewilligung, die man nach Hause trug, war ein kleiner Sieg. Man war praktisch immer auf der Jagd nach aktuellen Bescheiden. Arbeitslosenhilfe, Wohngeld, Sozialhilfe. Hatte man den einen, lief die Bewilligung des anderen gerade aus. Dessen Gültigkeit aber die Voraussetzung für Ersteren war.

14jährige Sozialhilfeempfänger erhalten damals einen Fragebogen, welche eine Berufsausbildung



# ... und ich

siebeginnen. Dies veranlasst mich, der Stadt die Frage zu stellen, ob es gar nicht vorgesehen ist, dass Sozialhilfeempfänger ein Gymnasium besuchen? Das wortreiche Entschuldigungsschreiben des Bürgermeisters diente meinem Sohn noch Jahre danach eingeraht als Wandschmuck.

Anfang November 2003 bin ich dabei, als in Dresden erste Demos gegen den sozialen Kahlschlag der Rot-Grünen Bundesregierung beginnen. Zur gleichen Zeitpunkt fordert Andre Schollbach (PDS) im Stadtrat den Einsatz von Wasserbussen auf der Elbe.

Ich beschließe mich in die Politik zu stürzen. Ich kenne viele Leute, die mit ihrer sozialen Situation schon lange nicht mehr klarkommen, schreibe für andere Anträge und Widersprüche. Ich kann die Menschheit nicht allein retten. Da muss im größerem Maßstab was passieren. Und Hartz IV naht. Es soll zwar Behördengänge einsparen, wird aber für viele Arbeitslosenhilfeempfänger finanzielle Nachteile bringen. Und viele erkennen erst jetzt, dass sie schon eher hätten schauen sollen, wie es eigentlich Sozialhilfeempfängern geht, denn nun trifft es sie selbst.

Im März 2004 wird der Stadthaushalt und ein Rotstiftkonzept beschlossen. Mit einem Loch von 67 Millionen Euro. Im Juni 2004 wird der neue Stadtrat gewählt. Die PDS hat 17 Sitze.

Als im August auf den Höhepunkt der Anti-Hartz-IV Proteste 6.000 Menschen in Dresden einen Stopp des Sozialabbaus fordern, hat der Stadtrat Sommerpause. Die Parteien auch.

Ich bin Mitorganisator der Aktion „Wohnst Du noch oder frierst Du schon“, die am 16. Dezember vor dem Rathaus auf die Wohnungs-

problematik zukünftiger ALG-II Bezieher aufmerksam macht. Ein Gespräch mit Stadträten ermöglicht uns, unsere Befürchtungen vorzubringen und zu erläutern. Die Verwaltung schlägt 4,09 Euro plus zehn Prozent pro qm für die Kosten der Unterkunft vor. Auch die PDS hält dies für unangemessen. Die Mehrheit der Stadträte korrigierte in zwei Ausschüssen die Mietkosten auf 4,35 Euro pro qm. Derweil befürchten Initiativen Massenumzüge. Der Stadtrat vertagte das Thema.

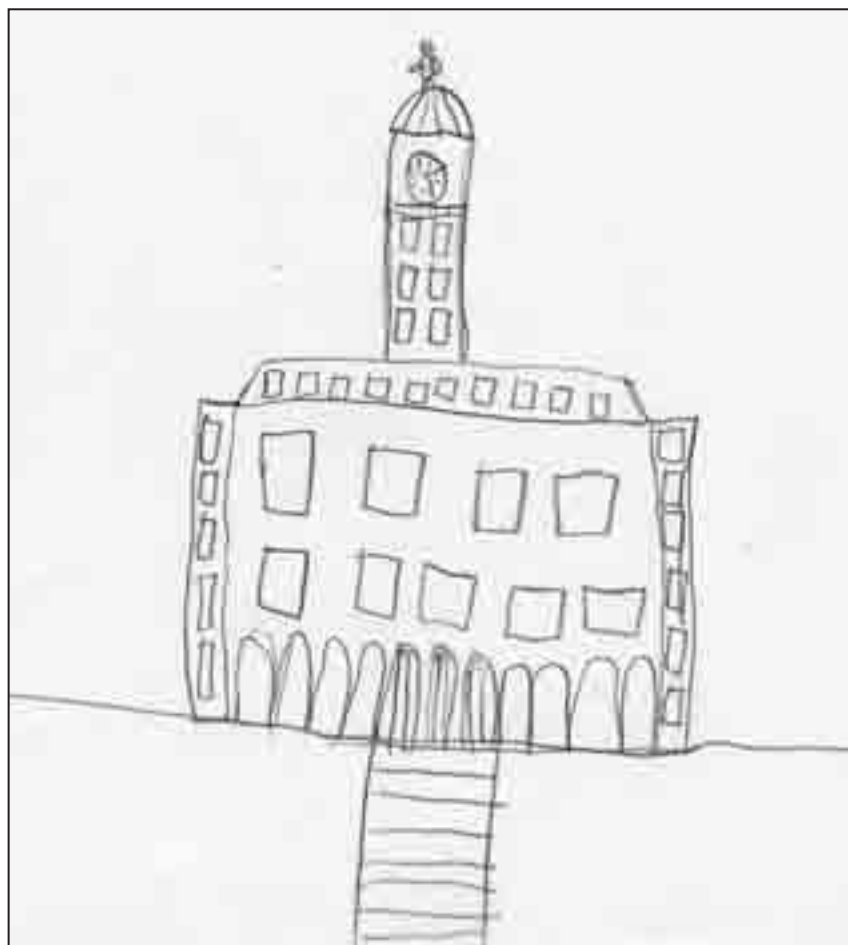
Im Mai weist das Regierungspräsidium den von der Landeshauptstadt Dresden vorgelegten Haushalt 2005 zurück und bemängelte eine Lücke von 45 Millionen Euro im Konsolidierungskonzept.

Im Juni 2005 drängt die Rathaus-spitze auf den Verkauf von knapp drei Vierteln der Wohnungsgesellschaft WOBA. Erhoffter Erlös: 500 Millionen Euro.

In einer Sondersitzung beschließt der Stadtrat am 23. Juni, Teile der WOBA zu verkaufen. Am 14. Juli beschließt er den Komplett-Verkauf. Als Reaktion auf den Beschluss genehmigte der Regierungspräsident Ende Juli den Haushalt.

Zu dieser Zeit endet meine Außensicht, ich erlangte langsam aber sicher die Innensicht. Ich lernte die PDS-Fraktion kennen und einen Einblick, womit sich Stadträte eigentlich so alles befassen. Das alles ineinandergreifen muss, dass man nur Geld ausgeben kann, was vorhanden ist. Dass man nicht gegen alles sein kann sondern Kompromisse finden muss, um das Bestmögliche für seine Zielgruppe herauszuholen.

Ich sah, dass man das, was man beschloss, nicht unbedingt im Selbstversuch auf die Sinnhaftigkeit geprüft hatte. Ich besuchte



Das Dresdner Rathaus aus der Sicht von Petra Fischer

Stadtratssitzungen und lernte Mechanismen der Entscheidungsfindung kennen.

Und ich begriff langsam, was die Presse mit Realos und Fundis meinte.

Ich musste erleben, wie sich eine linke Fraktion spaltet. Sieben treten aus der Linksfraktion. PDS aus und gründen eine neue Fraktion „DIE LINKE“. Doch wer wählt Kandidaten einer Partei in einen Stadtrat, wo es auf Zusammenarbeit für die Bürgerinteressen an-

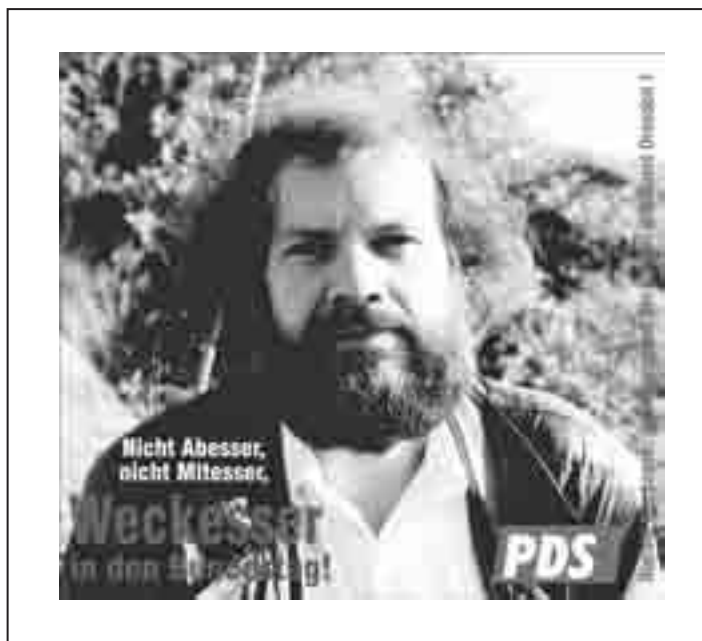
kommt, und traut ihnen diese zu, wenn sie nicht einmal innerlich mit verschiedenen Meinungsbildern klarkommen?

Im Juni wird wieder gewählt und mir ist etwas Seltsames bewusst geworden: Die ganzen Jahre, als ich keinen aus dieser neuen abgespaltenen Fraktion persönlich kannte, habe ich diese Leute gewählt. Heute wo ich sie kenne, kann ich es nicht mehr.

Quellen: Bibliothek Dresden, gebundene Ausgaben SZ seit 1990 und www.sz-online.de



SAX-Anzeige zur OB-Wahl 1994



SAX-Anzeige zu den Bundestagswahlen 1994



# Interpool - ein (ehemaliger) Kulturtreff in der Neustadt



Demo der Dresdner PDS vor dem Rathaus, 2003

**Wie man Bürger vorübergehend unterhält**

**Von Sophia Sinner**

Eine ganze Wahlperiode lang hatte Stadträtin Andrea Rump das Interpool in der äußeren Neustadt geleitet - und mit kulturvollem Leben erfüllt, wie viele erfolgreiche Veranstaltungen zeigten. Angefangen hatte alles folgendermaßen:

**Aus Dresdner Blatt 1 9/1999 vom 21. Mai 1999**

**Neueröffnung von Interpool**

„Lange haben wir gebraucht ... aber jetzt sind wir da!“ - so lautet das Motto von Ingrid, Conny und Heiko, als sie am 5. Mai in der Görlicher Straße 30 in Dresden-Neustadt ihr KunstTalkInternetKiez-Cafe eröffneten.

Viele geladene und ungeladene Gäste waren anwesend, als die drei die Party bei viel Musik und vielen Getränken ein wunderbares und reichhaltiges Büfett eröffneten. Ab 19 Uhr bis spät in die Nacht war die Party am Brodeln, die Musiker schwitzten trotz ausreichender Getränke. Lang hat es gedauert, bis Conny und Ingrid mit Falks Hilfe das Büfett aufgebaut hatten, aber um so schneller war es wieder weg.

Doch wie jedesmal so auch diesmal: irgendwann ist jede Party zu Ende. Und was ist danach? Alltagsstreß nebst Räumungsarbeiten der Reste der Eröffnungsparty ... Und was die drei nun aufgebaut haben,

könnt Ihr jeden Tag von 10 bis 19 Uhr Euch selbst anschauen. „

Ob Dr. Herbert Lappe seine Pilgerfahrt als Mitglied der jüdischen Gemeinde zu katholischen Wallfahrtsort Santiago di Compostella vorstellte, ob Frauen wie Sappho und die Neuberin von Jayne-Ann Igel und Zoi Theofanidu vorgestellt wurden, ob Wolle Förster sein FDJ-Vergangenheit offenlegte, ob uns Igel-Heike den Jüdischen Friedhof nahe brachte - im Interpool war Kultur vom Feinsten zu bekommen, weit über Stadtteilkultur hinaus.

Aus übernächsten Nachbarstädten selbst kamen Gäste - und fanden die Partei sympathisch, die ihrer parteilosen Stadträtin Rump dieses Tätigkeitsfeld eingeräumt hatte. Bis eines Tages Schluß war. Und nicht etwa Stadträtin Rump hatte gekündigt - keineswegs.

Vom Interpool hat man lange nichts mehr gehört. Die Räume, jetzt nur noch WIR-AG geheißt, strahlen einen anderen Charme aus - eine Mischung von Politbüro und Jugendtreff, nicht mehr anziehend für die Bildungsbürger der Stadt und des Umlandes, aber unerlässlich als Ausweichquartier anstelle des ungeliebten Hauses der Begegnung. Hier sollen auch weiterhin Stadträte zugange sein. Einladungen zu Kulturveranstaltungen haben sie uns keine mehr geschickt. Wir sind eben ein zu ungebildetes Volk.

**Thorsten Tonndorf**

## Ein Mann fürs Unbequeme

DRESDEN BUCH



Noch einmal ganz neu durchstarten, das eigene Hobby zum Beruf machen - wer träumt nicht davon?

Als Versicherungsvertreter war Thorsten Tonndorf kein Mann übereilter Entschlüsse. 1989 nach Dresden gekommen, um über die sächsischen Parlamentsabgeordneten in der Frankfurter Paulskirche zu promovieren, hatte er, wie viele Nachwuchs-Akademiker aus dem Osten, in Nachwende-Zeiten die Uni-Anstellung verloren. Nach einer Umschulung war er 1996 zu einem großen Versicherer gewechselt.

Eigentlich eine Allianz fürs Leben. Doch dann hängte Tonndorf seinen Job an den Nagel und wurde Buchhändler. »Mit 45 wollte ich mir diese Freiheit nehmen.«

Die passende Nische hatte er beizzeiten ausgespäht: Nach dem Vorbild von Eva-Maria Bachmanns Laden Nr. 1 unter den Leipziger Rathaus-Arkaden gründete der in der Niederlausitz Aufgewachsene unter dem selbsterklärenden Namen Dresden Buch ein Spezial-

Sortiment mit Literatur rund um seine Wahlheimat. Anders als Kollegen, die auch »Arm, aber sexy«-T-Shirts oder »Bliemchengaffee«-Tassen für Touristen anbieten, verzichtet Tonndorf auf »Schnickschnack« - und konzentriert sich auf die notorisch lokalpatriotischen Dresdner.

**Bald auch Verleger**

Gestartet hat Tonndorf seinen »ultimativen Dresden-Laden«, so die »Sächsische Zeitung«, im vergangenen Jahr am Neustädter Markt. Wenn er am 4. Februar im Herzen der Altstadt neu eröffnet (QF - Quartier an der Frauenkirche, Neumarkt 1), wird ihn kaum ein Elbflorenz-Besucher mehr verfehlen. Ein Traum. Doch der Überzeugungstäter Tonndorf will nicht nur Bücher, CDs, Filme, Pläne und Wanderkarten verkaufen. »Ich mag Dresden und seine Geschichte«, sagt er, »aber ich finde es schade, dass sich vieles auf sie reduziert. Mir geht es auch darum, unbequeme soziale und politische

Themen ins öffentliche Bewusstsein zu rücken. «Wenn er in seiner Veranstaltungsreihe »Dresden lebt!« heitere Abende zu Erich Kästner oder Joseph Fröhlich, Hofnarr Augusts des Starken, organisiert, ist der Laden rappellvoll. Eine Benefiz-Veranstaltung für sozial benachteiligte Kinder brachte es trotz heftigen Trommelns bei Lions-Club und Rotariern hingegen nur auf zwei zahlende Gäste.

Tonndorf ficht das nicht an: Unermüdet sucht er Kontakt zu Geschichtsvereinen und Schulen; die Siegel eingemeindeter Dörfer, die die Fußbodenkacheln der Buchhandlung schmücken, haben Gymnasiasten nach Originalvorlagen bei einem Schülerprojekt hergestellt.

Auch einen Verlag hat der umtriebige Dresden-Fan schon angemeldet; an Buch-Ideen herrscht kein Mangel. »Die Begierde zu wissen und zu empfinden«, so zitiert er Christian Fürchtegott Gellert auf seiner Website, »ist der Sporn des Lesens.« Das gilt wohl auch fürs zweite Leben des spätberufenen Buchhändlers.

aus: 5-2008 börsenblatt

Sein Spezialsortiment gilt als »ultimativer Dresden-Laden« - und ist für den spätberufenen Buchhändler auch ein sozialer Auftrag.

**Von Nils Kahlefeldt**



# Wohnen ist wirtschaftliches und soziales Gut

Von Christine Ostrowski

Begonnen hatte alles mit dem Bürgerbegehren „Mietstop“ im Jahr 1992. Und im Grunde durch Zwang. Ungetrübt von wohnungswirtschaftlicher Sachkenntnis hatte ich das Bürgerbegehren vor allem angezettelt, um politischen Druck gegen die Einführung der Grundmietenverordnung zu machen und die PDS zu profilieren.

Das klappte auch perfekt. In kurzer Zeit hatten wir 57.000 Unterschriften gesammelt und trauten uns danach sogar noch an einen „richtigen“ Bürgerentscheid.

Die politisch Verantwortlichen in Stadt und Land waren offenbar ziemlich überrascht worden, dass sich die PDS – die damals gesellschaftlich noch stark ausgegrenzt wurde – in Dresden so aufmüpfig und selbstbewusst präsentierte, dazu mit einem Thema, das die Bürger stark bewegte.

Naturgemäß stand ich als Dresdner PDS-Chefin an der „Spitze der Bewegung“ und musste in der Öffentlichkeit Rede und Antwort stehen. Die Journalisten waren – noch – mit Allgemeinplätzen zu befriedigen, die Fachleute – bspw. Vorstände von Wohnungsgenossenschaften – aber nicht. Ihrer Argumentation, dass das Wohnungsunternehmen den Bach runter geht, wenn die Mieten eingefroren werden, hatte ich nichts Überzeugendes entgegen zu setzen.

Und so fing ich langsam, aber konsequent an, mich in die wohnungswirtschaftlichen Grundlagen einzuarbeiten, mir die Zusammenhänge der Kosten des Wohnens sowie die Wechselwirkungen und Abhängigkeiten zwischen Mieter und Vermieter zu erschließen – im „learning by doing“ sozusagen. Fachliteratur, Konsultationen mit Vorständen und Geschäftsführern von Wohnungsunternehmen, Gespräche mit Mietern ... Meine Tätigkeit als wohnungspolitische Sprecherin im Sächsischen Landtag (1994 bis 1998) und im Bundestag (1998 bis 2002) intensivierte diesen Lernprozess noch.

Die entscheidende Erkenntnis und die einzigartige Besonderheit des Wohnens besteht darin, dass das Wohnen sowohl ein wirtschaftliches wie auch ein soziales Gut ist. Die wirtschaftliche und die soziale Seite des Wohnens hängen eng zusammen, bedingen sich gegenseitig. Die Vernachlässigung der wirtschaftlichen Komponente wirkt sich negativ auf die soziale aus. Und umgekehrt.

Ein wirtschaftlich krankes, gar insolventes Wohnungsunternehmen gefährdet das Wohnen, erst recht das soziale Wohnen. Nimmt andererseits ein Vermieter bei den Mietpreisen auf die wirtschaftliche Situation seiner Mieter nicht

ausreichend Rücksicht, gefährdet er seine eigene Wirtschaftlichkeit.

Diese „Einheit von wirtschaftlichem und sozialem Gut“ habe ich versucht, bei all meinem politischen Engagement im Stadtrat, im Landtag und im Bundestag zu berücksichtigen.

Das hat auch die Stadtratsfraktion so gehalten. Deshalb – nicht nur aus stadtplanerischen Gründen – ist sie bis zuletzt dafür eingetreten, nicht mehr benötigten Wohnraum zurück zu bauen und abzureißen.

Deshalb hat sie Mieterhöhungen, die sich im normalen Rahmen und innerhalb der Gesetzgebung bewegen nicht bekämpft und der städtischen WOBA diesbezüglich keine unzulässigen und unvernünftigen Vorgaben gesetzt.

geholfen werden konnte, werden sich an dieses Engagement erinnern. Zeitweise ging es in unseren Büros zu wie im Mieterverein.

Unsere Fraktion hat sich darüber hinaus stark eingesetzt für ausreichend städtische Belegungsrechte an sozialem Wohnraum, aber auch zur Kenntnis nehmen müssen, dass das erworbene Kontingent über Jahre (und bis heute) nicht ausgeschöpft wurde.

Nicht zuletzt sind wir seit der Einführung von Hartz IV mehrfach aktiv geworden bei der Erstattung der Kosten der Unterkunft für ALG II-Empfänger. Unserem Engagement ist es zu danken, dass die warmen Betriebskosten je nach Entwicklung der Energiepreise ständig angepasst werden. Unsere

die Mieter. Seit meinem Eintreten und meiner Zustimmung zum WOBA-Verkauf wird mir von Teilen der Partei und der Bevölkerung vorgeworfen, auf die neoliberale Seite gewechselt zu sein und die Interessen der Mieter verraten zu haben.

Ganz davon abgesehen, dass mir bereits in der Bundestagsfraktion wegen meines Eintretens für die ostdeutschen Vermieter aufgrund ihrer schlechten wirtschaftlichen Lage das Stigma verpasst wurde, nur die Interessen der Vermieter zu vertreten, ist diese Schlussfolgerung natürlich Unsinn.

Die Einheit und Wechselwirkung zwischen wirtschaftlicher und sozialer Seite des Wohnens ist etwas Objektives. Sie besteht immer – unabhängig, mit welchem Wohnungseigentümer man es zu tun hat. Auch die GAGFAH muss diese Ambivalenz berücksichtigen. So wie die Dresdner Wohnungsgenossenschaften, die TLG, die kleinen privaten Vermieter oder die ehemals kommunale WOBA.

Die Mieterhöhungen, die die GAGFAH bisher vorgenommen hat, sind nicht nur rechtens, sie wären auch durch die städtische WOBA vorgenommen worden. Im Übrigen sind sie denen kommunaler Unternehmen in Leipzig, Chemnitz oder Magdeburg vergleichbar bzw. liegen gar darunter.

Außerdem ist für Dresden zu konstatieren, dass das durchschnittliche Mietniveau der GAGFAH unter dem der Dresdner Wohnungsgenossenschaften liegt.

Allerdings wurde in der Dresdner Sozialcharta der Schutz für Bestandsmieter gegenüber Mietersteigerungen entsprechend Vergleichsmiete bzw. nach Modernisierung erhöht (Beschränkung der Vergleichsmieterhöhung pro Jahr auf drei Prozent zuzüglich Verbraucherpreisindex, bezogen auf den Gesamtwohnungsbestand sowie Ausschluss von Luxusmodernisierung) und ist für alle Bestandsmieter jeweils einzelvertraglich gesichert.

Für den WOBA-Gesamtbestand lag die Nettokaltmiete pro Quadratmeter 2005 bei 4,11 Euro. Ende 2008 lag sie für den GAGFAH-Gesamtbestand bei 4,64 Euro. Das sind pro Jahr 0,18 Euro. Oder auch: in drei Jahren eine Erhöhung um 12 %. Damit liegen die Mieterhöhungen unter dem gesetzlich Möglichen (20 %) und unter den Möglichkeiten, die die Sozialcharta einräumt (ca. 15 % je nach Höhe des Verbraucherpreisindex).

Dass dennoch und ausschließlich die GAGFAH-Mieterhöhungen immer wieder von Politik und Teilen der Presse skandalisiert werden, ist platte Ideologie.

Ich bin der festen Überzeugung, dass das soziale Wohnen auch in Zukunft in Dresden gesichert ist.



Wahlplakat der JUSOs Dresden zu den Bundestagswahlen 2005

Sie hat aber auch stets und bis zuletzt an der Seite der Mieter gestanden, wenn es bspw. um erhöhte Betriebskosten oder um Modernisierungskosten ging, die auf Unwirtschaftlichkeit des Vermieters hinwiesen. Zahlreiche ehemalige WOBA-Mieter, denen konkret

Fraktion hat auch großen Anteil daran, dass eine auskömmliche Erstattung der Kaltmiete erfolgt. Auch deshalb hat es in Dresden keine massenhafte Zwangsumzüge gegeben.

Viele Jahre lang galt ich als so was wie die „Mutter Courage“ für



## In alten Blätt'l gelesen



### Das eigene Programm zählt

Seit der Kommunalwahl steht für alle Fraktionen im Stadtrat die Frage nach der Form der Zusammenarbeit, denn arithmetisch haben sich die Verhältnisse deutlich verändert.

Auch in den Reihen der PDS gibt es Bestrebungen, eine Koalition der linken politischen Kräfte herbeizuführen. Dabei wird zwar wegen der Erfahrungen der vergangenen fünf Jahre meist das Wort Koalition vermieden. Aber die Vorstellung von klaren Verhältnissen, bei denen die PDS-Fraktion die Führung übernimmt und sich zugleich über langfristige Vereinbarungen der Grünen, der SPD und der Bürgerfraktion als Mehrheitsbeschaffer versichert, scheint zunächst faszinierend. Doch ist sie das wirklich? Gegen eine solche Koalitionsbildung – egal, wie die Konstruktion anschließend genannt wird – sprechen mehrere Gründe:

Erstens hat die PDS im Wahlkampf unter Hinweis auf die Verhältnisse im Stadtrat verkündet, keine Koalition gründen zu wollen. ...

Zweitens dürfte es eine Fehlkalkulation sein, zu erwarten, dass Grüne, SPD und Bürgerfraktion sich als Juniorpartner der PDS unterordnen. ...

Der PDS-Fraktion bleibt nur ein Weg: sich eine eigenes politisches Profil zu erarbeiten und sich für jedes Thema mit großer Offenheit Partner zu suchen. (Es bedarf keiner weiteren Erörterung, dass die Stadträte vom Nationalen Bündnis dabei nicht in Betracht kommen.)

Es ist davon auszugehen, dass aus Gründen der Nähe der politischen Inhalte die Grünen, die SPD und die Bürgerfraktion in einer Vielzahl von Bereichen eher als Partner in Betracht kommen. Doch die PDS-Fraktion sollte ihre Inhalte nicht davon abhängig machen, sondern zunächst mit Souveränität und Eigenständigkeit ihre Ziele formulieren und verfolgen. Und sollte sich erweisen, dass die Mehrheiten bei dem einen oder anderen Thema auf andere Art zustande kommen, ist es legitim und vernünftig, davon Gebrauch zu machen. ...

Dr. Ralf Lunau, aus: DB 17/2004

## Rosinchen

Beigeordneter für Finanzen Prof. Stihl (CDU) zitierte bei der Haushaltvorstellung Max Frisch: „Es gibt nichts produktiveres als die Krise, wenn man ihr den Beigeschmack der Katastrophe nimmt.“ Christine Ostrowski (PDS) konterte: „Es mag ja sein, das Dresden nicht vor einer Katastrophe steht. Dass es zu einer Krise gekommen ist, halte ich aber für eine Katastrophe.“

Dr. Albrecht Leonhardt (SPD), bei der Diskussion um den Bau der Autobahnzubringer: „Wer vor Jahren für die stadtschneidende Autobahn war, musste wissen, dass „Frühstück in Prag“ nur geht, wenn man auf die Autobahn auffahren kann.“

Als der Stadtrat sich über Umzug oder Nichtumzug des Sozialratshauses stritt, fasste Bernd Grützner (SPD) zusammen: „Nur 0,13% Abweichungen vom Plansoll und trotzdem hat der Sozialismus nicht gesiegt. Und Dresden wird so auch nicht siegen.“

aus: DB 7/2002

Klaus Peter Feustel (CDU) bei der Debatte, ob im Durchströmungsgebiet des Hochwassers vom August 2002 Parkplätze gebaut werden sollen oder nicht: „Ich fordere Ende der Debatte, weil man nicht weiß, ob es in den nächsten Jahren ein Hochwasser in Dresden geben wird.“

aus: DB 3/2003

Alle Stadträte der PDS-Fraktion kämpfen auf unterschiedliche Weise mit dem immer mehr werdenden Papier. Eine sehr interessante Variante ist die Kommunikation über Umläufe. So lief ein solches Papier zur Abfrage der Teilnahme an der bevorstehenden Fraktionsklausur durch die Fraktion. Eine Stadträtin gab zur Teilnahme an: „Nein, habe von Havemann Einladung erhalten.“ Dem folgte die Anmerkung einer anderen sportlich orientierten Stadträtin: „Wer ist Havemann?“. Diese Frage wurde dann auch beantwortet: „So was wie Matthias Sammer, nur politisch.“

aus: DB 7/2003

## Politik ist harte Arbeit

... Politik ist harte Arbeit. Ist Denkarbeit, dass einem der Schweiß auf der Stirn steht. Ist Recherche, Überprüfen, Durchrechnen, ob die Konzepte stimmen. Ist Stehvermögen, wenn man angegriffen wird, ob vom politischen Gegner oder von den eigenen.

Ist Kreativität, wie man die Denkarbeit an den Mann und an die Frau bringt. Ist Einfallsreichtum, wie man den politischen Konkurrenten überrascht. Ist Risikobereitschaft und Courage, auch bei Gefahr einer punktuellen Niederlage.

Ist Zur-Stelle-Sein auf der Straße am Stand, auch wenn der Rücken weh tut. Ist die Liebe zu und Achtung gegenüber den Mitgliedern, ohne die man gar nichts ist.

Ist das Kümmern um die Alltagsanliegen der Menschen, auch wenn es 20 Briefe täglich sind. Ist die Angst vor öffentlichen Auftritten und der Sieg über die Angst.

Ist der Selbstzweifel und die Überwindung desselben. Politik ist ein 12-Stunden-Tag. Oder 14. Manchmal 16. Ist täglich neu anfangen, täglich neu aufstehen.

Politik ist harte Arbeit. Darunter geht es nicht. Und wer versäumt, diese Arbeit zu leisten, der fliegt raus. ...

Christine Ostrowski aus: DB 16/2002

## DREWAG: Stadtwerke für die Zukunft

Die PDS-Fraktion des Stadtrats hat einen Antrag in den Geschäftsgang eingebracht, mit dem der Oberbürgermeister beauftragt werden soll, ein Gutachten erstellen zu lassen über die rechtlichen, finanziellen und unternehmerischen Konsequenzen, die sich aus einer Kündigung des Konsortialvertrages vom 17.06.1997 ergeben. Hintergrund dieses Antrages ist die Möglichkeit, den Konsortialvertrag mit den privaten Anteilseignern erstmals bis zum 31.12.2009 mit Wirkung ab 01.01.2013 zu kündigen. Auf den ersten Blick mag ein solcher Antrag zu voreilig erscheinen, aber bereits in der Zeit bis zum Ablauf der Kündigungsfrist sind von der Stadt Entscheidungen zu treffen, die wesentlichen Einfluß auf die künftige Struktur der DREWAG haben und deshalb beeinflussen, ob es möglich und sinnvoll ist, die privaten Anteile an der DREWAG zurückzuerwerben. ...

Dr. Ralf Lunau aus: DB 2/2005

## Privatisierung

... Ein prinzipielles Ablehnen jeder Privatisierung ist ein Bruch des Eides, den jeder Stadtrat am Beginn seiner Wahlperiode ablegt. Dort wird ein Wirken zum Wohle der Bürger dieser Stadt versprochen. Und zusätzliche Einnahmen für die Stadt mehr als Wohl der Bürger. Natürlich müssen dabei unsere politischen Werte und Ziele beachtet werden. Doch im Fall der Stadtentwässerung Dresden ist dies der Fall. Jens Matthis behauptet im Dresdner Blätt'l 20/2004, dass die Privatisierungskosten immer durch höhere Einnahmen (sprich höhere Preise) oder/und Senkung der Kosten, Entlassung von Mitarbeitern, Schließung wenig rentabler Teilbereiche erfolgt. Bei der privatisierten Stadtentwässerung Dresden GmbH ist dies auch durch das Wirken von PDS-Stadträten anders. Hier wird der durch die Nutzung von Können und Wissen, die Technologien und Erfahrungen entstehende Gewinn zu 51% der Stadt zugeführt (oder für eine Begrenzung der Gebühren eingesetzt). 49% erhält die Gelsenwasser AG und refinanziert u. a. ihre Privatisierungskosten. ...

Peter Herpichböhm aus: DB 5/2005

## Tauwetter

Der gemeinsame Ausflug von PDS-Stadtvorstand und -Fraktion in die schöne Umgebung von Dresden fand diesmal im winterlich ruhigen Ferienort Gohrisch bei ansteigenden Temperaturen mit leichtem Tauwetter im Margarethenhof statt. Endlich richtig arbeiten, ohne sich mit unproduktiven, störenden und nervigen und für die Bürger Tauwetter in der Vorwahlsonne völlig unverständlichen Querelen rumzuschlagen, scheint nun die gemeinsame Marschrichtung zu sein. So jedenfalls lautet das Ergebnis eines Gesprächs zwischen Ingrid Mattern, Conny Ernst, Jens Matthis und Tilo Kießling. So auch hat es den Anschein, nachdem zur Klausurberatung am vorliegenden Rohentwurf des Wahlprogramms konstruktiv und zielgerichtet gearbeitet wurde. Das schließlich war auch der Wille der Stadtdelegiertenkonferenz am 17.12.03. ...

Rainer Kempe aus: DB 4/2004



## Andre Mehrheiten - gleiche Bedingungen

Die politischen Verhältnisse im Stadtrat haben sich gründlich geändert. Die „Linken“ - PDS, Grüne, SPD, Bürgerfraktion – können die rechte Seite wann immer sie wollen überstimmen, und „ihre“ Politik endlich durchsetzen. Wirklich? Die materiellen Bedingungen sind diesselben wie vor der Wahl: das Haushaltsdefizit wird kein Stück geringer, der Sanierungsstau ist so groß wie zuvor. Oberbürgermeister und Dezernenten haben nicht gewechselt. Eine wirkliche Gemeindefinanzreform ist nicht in Sicht. Diese Bedingungen kann auch die neue „linke“ Mehrheit nicht außer Kraft setzen.

Was also fängt diese mit ihrer Mehrheit an?

Zum Beispiel sollte sie gründlich nachdenken. Über ihre Wahlversprechen einerseits, die Rahmenbedingungen und den geringen Spielraum andererseits. Und was aus dieser kniffligen Lage zu machen und was nicht zu realisieren ist. Denn eines ist klar: die Verantwortung hat die neue „linke“ Mehrheit jetzt, sie kann sich nicht mehr hinter der CDU-FDP-Mehrheit verstecken.

Nun, vielleicht kommt sie noch zum Nachdenken. Zunächst aber hatte sie es sehr eilig. Noch bevor die neuen Fraktionen ihre regulären Arbeit aufnehmen, hat sie schon beantragt, die Haushaltsmittel 2004 für die Waldschlößchenbrücke zugunsten der Sanierung von Kitas und Schulen umzuwidmen. Soweit, so gut. 2,9 Millionen werden dadurch frei, freilich besser als nichts, aber eben nur ein Tropfen auf den heißen Stein. ...

Dass der Verzicht auf den Bau der Waldschlößchenbrücke auch nur im Ansatz die finanziellen Probleme der Stadt löst, ist Illusion. ...

Christine Ostrowski aus: DB 14/2004

## Zwischensumme

... Um das eigene Bild von der Arbeit der Fraktion einmal einer kritischen Gegenprobe zu unterziehen, habe ich alle Sachanträge seit der ersten Sitzung im Juli 1999 auf ihre Behandlung im Stadtrat untersucht.

Und ich war durchaus überrascht: Von 148 Anträgen wurden 43 Anträge ... angenommen, 48 Anträge wurde abgelehnt, 41 Anträge wurden zurückgenommen oder haben sich auf andere Art erledigt und 16 Anträge befinden sich gegenwärtig im Geschäftsgang.

Das ist in erster Linie ein beachtliches Ergebnis für eine Fraktion, die zu keiner Zeit aus der Riege der Fachbürgermeister wohlgemeinte Hinweise erhielt, sondern sich ihr Fachwissen ausschließlich durch Anfragen, Beratungen mit Fachleuten und auf sonstigen externen Wegen erarbeiten mußte. ...

Diese Statistik läßt erkennen, daß sich die PDS-Fraktion seit 1990 in der Dresdner Kommunalpolitik einen Stand erarbeitet hat, der es keiner politischen Kraft erlaubt, sie zu ignorieren. Denn die Zeit, in der ihre Anträge aus Prinzip abgelehnt wurden, ist offensichtlich vorbei. Das ist zum einen eine Anerkennung für ihre Arbeit. Es bedeutet aber auch, daß sie sich in ihren Überlegungen, wie sie ihre inhaltlichen Positionen vermittelt, umstellen muß.

Die Zeiten, in der die erzwungene Sonderrolle selbst manches zur politischen Profilierung beitrug, sind erkennbar vorbei. ...

Ralf Lunau aus: DB 13/2003



Vom Theater über'n Kreißaal in's Klax. Aus DB 6/2004



Ingrid Mattern und Kris Kaufmann in einer Stadtratsitzung in der 4. Wahlperiode (vor der Spaltung)

## Programme

Wieder einmal wird um Programme gestritten und wieder einmal beschleicht mich das Gefühl, dass diese Debatten Stellvertreter Schlachten sind. Es scheint weniger darum zu gehen, politische Gemeinsamkeiten zu suchen, alle Kräfte auf gemeinsame Ziele zu bündeln und dann bei den Menschen um Vertrauen und Zustimmung zu werben, sondern eher darum, vermeintlich wünschenswerte, in der gesellschaftlichen Wirklichkeit jedoch nicht mehrheitsfähige Positionen - unter Aufbietung aller taktischen Finessen - beschließen zu lassen, für die Zeit danach.

Wenn sich heutige Funktionäre hinstellen und an Stelle von Argumenten allen Ernstes nichts Überzeugenderes anbieten, als die Autorität ihrer Ämter oder Vorstände, dann weiß ich wieder einmal: Es gibt viel zu tun. Immer aufs Neue. ...

Ronald Weckesser aus DB 7/2004

## Schwere Finanznot der Stadt Dresden

... Aller Erfahrung nach erwarten die Menschen von der PDS keine Wunder, dazu sind sie zu schlau. Darüber hinaus sind sie realistisch genug, zu wissen, dass auch wir an Einsparungen schwerlich vorbeikommen.

Sie werden in einer linken Mehrheit keine Träumer haben wollen, sondern Politiker, die realistisch, aber auch kompetent und mutig genug sind, nicht nur sozialverträgliche Korrekturen früherer Entscheidungen vorzunehmen, sondern auch machbare eigene finanzielle Vorschläge zu unterbreiten - wohl wissend, dass sich damit oben genanntes Defizit möglicherweise nur verringert und nicht in Gänze beseitigen lässt. Aber jede Verringerung erweitert den Spielraum der Stadt, während Nichtstun ihn weiter verkleinert.

Insofern ist es eine der vornehmsten Aufgaben der PDS, ihre Denkinstrumente zu gebrauchen, um den kommunal- und finanzpolitischen Spielraum zu vergrößern. Das ist ihr „Gebrauchswert“, wenn man so will. ...

Christine Ostrowski aus: DB 16/2003

## Es schmunzelte ...

André Schollbach kreierte die Idee mit dem Wasserbus für Elbflorenz. Er zog dazu alle Register: Pressekonferenzen, Pläne von Anlegestellen, ja selbst ein Bootsbauer wurde einbezogen. André nahm Spott in Kauf, er verteidigte seine Idee in allen Gremien. Sobald ein Dresdner Bürger an Boote auf der Elbe dachte, kam ihm André Schollbach in den Sinn. Die Rede zur Einbringung seines Antrages dann im Stadtrat erschien mir bühnenreif vorbereitet und geprobt. Doch kurz vorher kam André zu mir und fragte: „Kannst du mir dein Exemplar des Wasserbus-Antrages leihen, ich habe den meinen heute vergessen.“ Es schmunzelte:

Peter Herpichböhm DB 18/2003



# Die Rolle der Ortsbeiräte

## in der Politik der Stadt Dresden und in der PDS/Linkspartei/Linken

Von Anke Wendrich

1991 wurden in Dresden 10 Ortsämter gegründet. In jedem gibt es einen ehrenamtlich tätigen Ortsbeirat. Er behandelt im Vorfeld der Stadtratssitzungen territoriale Vorlagen und fasst dazu Beschlüsse mit empfehlendem Charakter. In Ausschüssen des Stadtrates können Ortsbeiratsmitglieder zu Angelegenheiten ihres Ortsamts gehört werden und Vorschläge unterbreiten.

### Besetzung der Ortsbeiräte durch die Parteigremien

Jede Partei kann entsprechend ihres kommunalen Wahlergebnisses Vertreter in die Ortsbeiräte entsenden. Für die PDS und ihre Nachfolger hieß das:

• 1991:	20 Ortsbeiräte
• 1994:	35 Ortsbeiräte
• 1999:	40 Ortsbeiräte
• 2004:	39 Ortsbeiräte

1991/92 wurden noch händeringend Bewerber gesucht. Es war damals nicht lukrativ, für die Partei „den Kopf hinzuhalten“. Nicht alle Stellen konnten besetzt werden.

Ab 1994 gab es dieses Problem nicht mehr. Die Arbeit in den Gremien war zumindest soweit begehrt, dass die Ortsbeiratsmitglieder ohne größere Mühe gefunden werden konnten.

Meist gab es dabei keine innerparteilichen Streitereien. Doch Ausnahmen bestätigen die Regel.

So wurden 2005 politische Machtkämpfe im Stadtvorstand auf dem Rücken der zu wählenden Ortsbeirätin ausgetragen. Entgegen dem einstimmigen Votum des Ortsverbandes Blasewitz wurde dessen Vorsitzende (Anke Wendrich) nicht durch den Stadtvorstand bestätigt. Doch der vom Stadtvorstand bevorzugte Thomas Hucke machte das „Spiel“ nicht mit und wurde freiwillig Stellvertreter.

### Inhalte der Arbeit in den Ortsbeiräten

Es gab und gibt regelmäßig Themen zu beraten, die zwar die ganze Stadt betreffen, aber spezifisch örtliche Aspekte haben. Dazu gehören u.a.:

- Fachplan Kindertagesstätten
- Schulentwicklungsplanung
- Verwendung von Stellplatzablösegebühren
- Straßenreinigungsgebührensatzung
- Verkehrsberuhigungs- und Lärminderungsmaßnahmen
- Liniennetze der DVB
- Bebauungspläne
- Denkmalschutzsatzungen
- Straßenausbaumaßnahmen

Natürlich gibt es auch in jedem Ortsamt Beratungsinhalte, die nur dort – aber teils über Jahre – hinweg wichtig waren.

In der Altstadt wurde und wird besonders um die Entwicklung der Friedrichstadt und die Entwicklung des Gebietes um die Weißeritz gerungen. Letzteres beschäftigt auch Cotta und Plauen. In der Neustadt ist die Parkraumbewirtschaftung ein Dauerbrenner. In Prohlis beriet der Ortsbeirat über Jahre hinweg über die Entwicklung des Pahlitzsch-Hofes und die Autobahnzubringer. Die Pieschener hatten und haben den Ausbau des Elbeparks, die Sanierung des Sachsenbades und des Straßenbahnhofs Mickten sowie den Elberadweg auf ihrer Tagesordnung.

### Die Arbeit der Ortsbeiräte der PDS in ihren Gremien

Ortsbeiräte kümmern sich um die Probleme im Ortsamt. Dazu bedarf es Mitglieder, die sich in im Gebiet sehr gut auskennen und Verbindung zu den Bürgern haben.

Hervorragend funktioniert hat das z.B. in Mickten. Dort gab es Anfang der 90er Jahre das Bürgerkomitee Mickten. Engagiert war dort vor allem Günter Wiese.

Am 8.4.92 hatte der Oberbürgermeister im Ortsbeirat versprochen, in der nächsten Stadtverordnetenversammlung (23.4.92) die Vorlage zum Verkauf von kommunalen Boden an Eigenheimbesitzer zum Beschluß zu führen. Vom Bürgerkomitee Mickten wurde sofort eine Bürgerversammlung einberufen als die Vorlage auf die Tagesordnung kam; es löste damit ein Versprechen an die Micktener Bürger ein. Die Bürger gewannen Vertrauen zum Komitee und stimmten mit ihm das weitere Vorgehen ab. Günter Wiese organisierte erfolgreich Massenpetitionen – immer zwei, drei Schritte vor der Stadtverwaltung. So bei Einrichtung des Busses nach Altkaditz, unter Leitung des Pfarrers. Immer bahnte er von der PDS aus die Verbindung zu den Stadtratsfraktionen an, so dass es dem Bürgerkomitee in der Regel gelang, im Stadtrat die entsprechenden politischen Mehrheiten für die Anliegen der Bürger zu organisieren.

In Loschwitz engagiert/e sich Hans-Jürgen Burckhardt bei den Problemen rund um den Ausbau der Bautzner Straße. Er entwarf Flugblätter für die Bevölkerung, produzierte und verteilte sie und lud Anwohner schon mal in seine „gute Stube“ ein, um mit ihnen das weitere Vorgehen abzustimmen.

Im Ortsamt Altstadt kämpfte über viele Jahre hinweg Hannelore Gelfert um die Entwicklung des

Stadtteils Friedrichstadt. Auch sie suchte und fand den Kontakt zu Einwohnern. So z.B. bei einem Stadtteilstfest des „riesa efau“, bei dem sie Ideen von Kindern und Erwachsenen für die Friedrichstadt entwickeln ließ.

Die Abstimmung der Ortsbeiratsmitglieder eines Gremiums untereinander in Form von „Fraktionsberatungen“ als auch zwischen mehreren Ortsbeiräten fehlte oft.

Das wäre auch durch mehr Berichte aus den Ortsbeiräten im Dresdner Blätt'l möglich gewesen. Nur aus Altstadt, Pieschen, Prohlis und Cotta wurde regelmäßig berichtet, Leuben, Plauen, Blasewitz, Klotzsche und Loschwitz waren so gut wie nie im Blätt'l zu finden. Dadurch wurde viel Wirkung verschenkt. In der neuen Zeitung „Die Linke“ gibt es so gut wie keine Artikel mehr.

### Zusammenarbeit zwischen Stadtratsfraktion und Ortsbeiräten

Regelmäßig führte die PDS-Fraktion thematische Beratungen durch, in denen einerseits über die Aktivitäten informiert und über gemeinsames Vorgehen mit den Ortsbeiräten beraten wurde, andererseits aber auch über allgemeine stadtpolitische Themen auf den Tagesordnungen standen.

Die Beteiligung war in aller Regel sehr schlecht. Von 80 potenziellen Beiräten und ihren Stellvertretern kamen meist zwischen 5 und 15. Die Gründe waren vielschichtig:

- Informationscharakter über die Arbeit der SR-Fraktion
- Überlastung der Stadträte
- Desinteresse der Ortsbeiräte
- Ungünstige Termine

Reserven gab es auch in der gegenseitigen Information von Stadtratsfraktion und Ortsbeiräten. Oft hätte ein Anruf genügt, um informierter in eine Sitzung zu gehen und abgestimmter handeln zu können. Diesbezügliche „Mahner“ waren u.a. immer wieder Peter Rosse und Waldemar Peine. Peter Herpichböhm bewegte ähnliches. So gründete er das Forum Prohlis, in dem er öffentlich über das Geschehen im Beirat informierte.

Ende 2001 erarbeitete die PDS-Stadtratsfraktion einen Antrag, in dem „Mehr Demokratie in Dresden“ gefordert wurde.

Inhaltlich ging es um die Senkung des Quorums für Bürgerbegehren, die Einführung der Ortschaftsverfassung, turnusmäßige Einwohnerversammlungen des OB, Einwohnerversammlung und -anträge, Bürgerbegehren und -entscheid auf Ortschaftsebene.

Dieser Antrag wurde in allen Ortsbeiräten mit unterschied-

lichen Ergebnissen diskutiert. Dann schmorte er, wurde von den Initiatoren nicht weiter verfolgt. Das Quorum für Bürgerbegehren war bereits gesenkt, die Erweiterung der Einwohner-Rechte auf Ortschaftsebene erfolgte auch. Auf Einwohnerversammlungen des OB wurde nicht beharrt.

Die Rechte der Ortsbeiräte zu stärken, dafür interessierte sich niemand ernsthaft. Erst Ende 2008 wurde im Stadtrat ein Alibi-Beschluss gefasst. Eine reale Stärkung der Ortsbeiräte erfolgt damit aber nicht.

Nach der Fraktionsspaltung 2007 verschlechterte sich die Zusammenarbeit zwischen den beiden Fraktionen und den Ortsbeiräten immer mehr. Während die eine Fraktion „nicht erwünscht“ war, interessierte sich die andere, nun „richtige“, zunächst überhaupt nicht dafür. Erst im Herbst 2008 gab es erste Aktivitäten, erste gemeinsame Beratungen. Doch haben diese nicht den Charakter des vertrauensvollen Ringens um gemeinsames politisches Agieren – auch hier überwiegt der Informationscharakter. Allerdings sind hier die Teilnahmezahlen besser.

### Zusammenarbeit zwischen Partei und Ortsbeiräten

Eigentlich sollten Parteien den Parlamentariern eine politische „Richtschnur“ für ihr Handeln geben. Doch in Dresden sieht das oft anders aus. Der Stadtvorstand hat sich so gut wie nie für die inhaltliche Arbeit der Ortsbeiräte interessiert.

2000 sollte ein Rat der Ortsbeiräte laut Beschluss der Gesamtmitgliederversammlung gegründet werden. Der kam nie zustande.

Seit der Gründung der Ortsverbände gab es in einigen von ihnen gemeinsame Beratungen der Ortsvorstände mit den Ortsbeiräten. Ziel war es unter anderem, das Wissen der Mitglieder im Ortsamtbereich für die Ortsbeiräte nutzbar zu machen. Doch in der Regel war das erfolglos. Es wurde und wird nichts an die Kommunalvertreter direkt vor Ort herangetragen.

Einige Ortsbeiratsmitglieder waren bzw. sind entweder seit 1991 oder länger als 10 Jahre aktiv. Ihnen gebührt Dank und Anerkennung:

- Hannelore Gelfert im Ortsbeirat Altstadt
- Hans-Jürgen Burckhardt in Loschwitz
- Bernd Trepte und Peter Schädlich in Pieschen
- Steffen Apel in Klotzsche
- Peter Herpichböhm in Prohlis
- Waldemar Peine in Plauen



# Sozial: gemeinsam, verbunden, verbündet

Von Angelika Zerbst

In den letzten fünf Jahren gab es für mich neue Herausforderungen. Bisher vor allem mit Finanzen befasst, wurde Sozialpolitik zu meinem Schwerpunkt. Weitere Anforderungen aufgrund veränderter politischer Bedingungen kamen hinzu. Vier will ich kurz darstellen.

1. Die Herausforderung, das Wahlprogramm „Dresden für Dresden“ durch Suche nach Mehrheiten umsetzen zu können. Der Zusammenschluss von WASG und PDS zur LINKEN veränderte jedoch inhaltlich und personell die Partei. Die Auswirkungen wurden auch im Stadtrat sichtbar – kommunalpolitisch von mir als Desaster erlebt. Die zweitstärkste Fraktion halbiert sich. Da die Partei immer Recht hat, gibt es nun eine kleine feine, von ihr anerkannte Fraktion. Die Ursprungsfraktion steht unter politischem Bann. Sie war aber die linke Kraft, Entscheidungen für die Bürger im Stadtrat umsetzen zu können.

2. Die Herausforderung, die uns die Konsolidierung des Haushaltes mit Abbau von Leistungen für die Bürger wegen der hohen Schuldenlast bescherte. Deutlich wurde, dass ohne finanzielle Grundlagen auch unser Wahlprogramm nicht so umgesetzt werden kann, wie wir es vor allem im Sozialbereich wollten.

3. Die Herausforderung durch Hartz IV, die eine gravierende Veränderung für die Betroffenen und für die soziale Arbeit der Stadt bedeutete.

4. Die Herausforderung durch die Wahl zur Vorsitzenden des Ausschusses Soziales, Gesundheit und Wohnen. Dass ein Mitglied der PDS Fraktion einen Vorsitz erhielt, war ein politisches Novum,

erstmalig seit 1990 gab es dafür eine Mehrheit.

## Ergebnisse im Sozialbereich

Mit der Einführung der Hartz IV-Gesetze 2005 entstand für meine Begriffe eine brisante Situation für die Stadt – die prophezeiten zehntausend „Zwangsumzüge“ führten zu noch höherer Unsicherheit bei den Betroffenen.

Dass eine solche Situation nicht eingetreten ist, ist dem Stadtratsbeschluss zur Erstattung der Kaltmiete bis zu 4,35 €/qm pro Bedarfsgemeinschaft zu danken.

Dazu stellten wir den Antrag und konnten die Mehrheit gewinnen. Sollte jedoch umgezogen werden, wurde auf Initiative unserer Fraktion die ARGE verpflichtet, die Umzugskosten der Hartz IV-Empfänger zu übernehmen. Durch unser Engagement in der Öffentlichkeit wurde die Lage vieler Hartz IV-Empfänger verbessert.

So werden Mobilitätshilfen zur Ausübung des 1,75 € Jobs gewährt. Wir haben erreicht, dass die Kosten der Unterkunft mit der Entwicklung der Mieten Schritt halten und ihre Höhe aller zwei Jahre mit dem Erscheinen des Mietspiegels überprüft und angepasst werden.

Der Antrag unserer Fraktion zur Erarbeitung eines Dresdner Betriebskostenspiegels wurde angenommen. Damit wird es möglich, kalte und warme Betriebskosten in Dresden zu vergleichen.

Die Stärkung der ARGE hat für uns immer noch hohe Priorität. Zwar ist die Entfristung der Stellen, die die Stadt zur Verfügung stellt, erfolgt, aber die ungeklärte Rechtssituation konterkariert jegliche Bemühungen zur Sicherung der Aufgabenstellung der ARGE. Unsere Forderung ist, umgehend eine mit dem Grundgesetz im Einklang stehende Struktur zu



Monika Aigner und Rainer Kempe

erarbeiten und keine Kommunalisierung von Hartz IV-Aufgaben zuzulassen.

Ein weiteres Ziel aus dem Wahlprogramm – den Erhalt des Dresden Passes und seiner Leistungen – hat die Linksfraktion.PDS über diese Wahlperiode hinaus erreicht. Die durch uns initiierte „Dresdner Sozialstiftung“ wurde beschlossen und wird zur Verbesserung der Leistungen beitragen. Bis zum Wirksamwerden konnten wir im Haushalt 2007/08 die Mittel aufstocken. Im Haushalt 2009/2010 wurde der Personenkreis für den Erhalt der Wertmarken (8 €/5 € Stadt und 3 € DVB) erweitert und seit dem 1. Mai 2009 ist der Zugang zum Erhalt der Wertmarken vereinfacht. Mit diesen Verbesserungen hat der Bürgermeister für Soziales, Martin Seidel im Interesse der Nutzer gehandelt. Das Sozialticket innerhalb des Dresden-Pass könnte noch erweitert werden, denn neben der Monatskarte wäre eine Rabattierung der 4er-Karte nicht schlecht. Dazu müssen die Verkehrsbetriebe aber bereit sein.

Die „Dresdner Sozialstiftung“ wird auch zur Sicherung der finanziellen Rahmenbedingungen für den Behinderten-Fahrdienst eingesetzt.

Hier will ich doch noch einen kleinen Einwurf zur Sozialstiftung machen: ohne die Entschuldung der Stadt, ohne die Entscheidung zum WOBA-Verkauf wäre diese Stiftung für die beiden sozial notwendigen Leistungen der Stadt nicht zustande gekommen. Dafür habe ich auch gestimmt – für die totale Entschuldung der Stadt und für die Einrichtung einer Sozialstiftung.

Im vergangenen Jahr wurde über ein Gutachten zur Zukunft der städtischen Krankenhäuser und einer eventuellen Privatisierung in der Öffentlichkeit diskutiert. Das Gutachten war kein Privatisierungspapier – es erfüllte in einem Punkt den Beschluss des Stadtrates (Antrag Linksfraktion.PDS „Gesundheitsleitbild in Dres-

den“). Hier ging es um die künftige Entwicklung von stationären und ambulanten Gesundheitsangeboten, um ihre bessere Vernetzung und um mögliche Kooperationen mit den Krankenhäusern. Wir haben uns Plänen zum Verkauf der städtischen Krankenhäuser immer widersetzt. Deshalb hatte der Stadtrat auch auf unseren Antrag hin Anfang 2008 beschlossen, dass sie weiter im Eigentum der Stadt bleiben.

Die Situation bei Kindertagesstätten hat uns über viele Jahre politisch aktiv für Lösungsansätze streiten lassen. Unsere Fraktion beantragte mit dem Haushalt 2007/08, dass mit verbesserten finanziellen Möglichkeiten zusätzliche Investitionen für Bau und Sanierung von Kitas, Schwimmhallen und Sportstätten in den Haushalt eingestellt werden. Das war eine Selbstbindung der Linksfraktion.PDS.

Zum heutigen Zeitpunkt sind die Zugangsbeschränkungen für Kitas in Dresden de facto abgeschafft. Der vorliegende Kita-Bedarfsplan hat das Ziel, jedem Kind einen Platz anzubieten, dessen Eltern das wollen – Jahresziel bis 2012 sind 5000 Plätze. Die Veränderung in der Bundespolitik zu Kitas und das Konjunkturpaket haben weitere Mittel fließen lassen. Dresden ist für die Umsetzung gut vorbereitet. Die Arbeit des Eigenbetriebes Kita ist hervorragend und auf der Höhe der Aufgaben.

Zum Schluss: Es gibt von mir ein praktisches Herangehen für meine Arbeit als Stadträtin, das ich jederzeit in meiner Fraktion – der Linksfraktion.PDS – praktizieren konnte. Das habe ich nicht gleich am Anfang meiner Stadtratsarbeit erkannt. Aber mit den Jahren habe ich damit die besten Erfahrungen gesammelt:

Politik ist nicht, was wir alles verhindert haben, sondern was wir geschaffen haben für die Bürger – teilweise in kleinen Schritten und mit Kompromissen, aber mit Verantwortung.



A. Zerbst, Chr. Ostrowski, I. Mattern auf einer Klausurtagung 2002



## Das Erbe für die nächsten sieben Jahre

**Von Ronald Weckesser**

Als ich im Mai 1990 erstmals zum Fraktionsvorsitzenden des damaligen »Aktionsbündnis PDS« kandidierte, war das eine Notentscheidung:

Gerade eben war die DDR von der großen Mehrheit ihrer Bürger aufgegeben worden, die SED - bis vor kurzem sogar laut Verfassung führende Kraft! - fast rückstandslos auseinandergelaufen. Da war es

mir, dem Diplomingenieur, wichtig, nicht abzuducken. ...

Nun, nach achtzehn Jahren bin ich zum zweiten Mal Vorsitzender »meiner« Fraktion. Erneut eine Notentscheidung: Ralf Lunau, mein Vorgänger, der 2001 mein Nachfolger wurde, ist jetzt Dezent.

Und ich folge ihm an der Fraktions Spitze, als »Abwicklungsbeauftragter« der Rechtsnachfolgerin jener Fraktion, die ich einst grün-

dete, die aber keine Nachfolgerin haben wird.

Doch deutlich sichtbare Spuren hinterläßt sie auf jeden Fall:

Im Bewußtsein der Öffentlichkeit als langjährig zweitstärkste, sozial engagierte, verantwortungsbewusste politische Kraft. Mit prominenten Persönlichkeiten. Mit dem Dresdner Nachtskaten. Mit dem Kampf um eine moderne Verkehrspolitik. Mit einem schuldenfreien Haushalt, der die Stadt

finanziell wieder atmen läßt. Doch auch damit, daß sie - als letzte der »demokratischen« Fraktionen, nach fast vier Wahlperioden durch eben diese erzwungener Wartezeit - endlich zwei Dezernenten wirklich ins Amt gebracht hat:

Ralf Lunau und Martin Seidel. Als ihr Erbe für die nächsten sieben Jahre. ...

aus: DB, 9/2008

Abraham • Achim • Albrecht • Alexander • Alfred • André  
 Artur • Bernhard • Bodo • Bruno • Burkhard • Christian  
 Daniel • Detlef • Dieter • Eckehard • Egon • Ernst • Erich  
 Ferdinand • Frank • Friedrich • Gebhard • Georg • Gerd  
 Gregor • Gustav • Hans Harald Herbert • Heinrich  
 Helmut • Hermann • Heinz • Hildebrand • Horst • Ingolf  
 Igor • Imanuel • Jakob • Jeremias • Jans • Joachim • Jan  
 Justus • Johannes • Jürgen • Kai • Karl • Klaus • Kurt  
 Konstantin • Kasimir • Landolf • Lars • Leonhard • Leon  
 Lorenz • Malte  
 Manfred • Matthias  
 Meinhold • Mark  
 Morris • Nick • Nikolai • Nils • Norbert • Olli • Ole • Oliver  
 Orlando • Ortrud • Ortwin • Oskar • Otto • Pablo • Patrick  
 Paul • Pawel • Peter • Peer • Pit • Rainer • Ralf  
 Raphael • Plasmus • Reimar • Reinhard • René  
 Rex • Riccardo • Richard • Rüdiger • Rüdiger • Raik  
 Ringulf • Robert • Robin • Rüdiger • Rüdiger  
 Roger • Roland • Roll • Roman • Rudolf  
 Ruprecht • Rüdiger • Sachso • Salomon • Samson  
 Samuel • Sebastian • Siegfried • Siegfried  
 Siegmund • Simon  
 Simson • Stanislaus • Stefan • Steffen • Stan • Steve  
 Steven • Stoffel • Sven • Sylvio • Tassilo • Theo • Thilo  
 Thomas • Thorsten • Till • Tilo • Tibor • Tilmann • Tobias  
 Tim • Titus • Timotheus • Tom • Toni • Torsten • Traugott  
 Tristan • Udo • Ulf • Ulli • Ulrich • Urban • Ursus • Uwe  
 Valentin • Velt • Veltan • Victor • Vilmar • Vinzent • Virgil  
 Vivian • Vilmar • Volkbert • Volker  
 Waldemar • Waldo • Walfried • Walt  
 Wigand • Wigbert • Wilfried • Wim  
 Winfried • Wolf • Wolfdieter • Wolfgang • Wolfhard  
 Wolfram • Wulf • Xander • Xavier • Yves • Zdenko • Zenon

**CHRISTINE** ist ein guter Name für eine Oberbürgermeisterin

**PDS**

Plakate zu den OB-Wahlen 1994 und 2001

André • Angelika • Alfred • Annett • Andrea  
 Anja • Anke • Andreas • Angela • Bernd • Bärbel  
 Bodo • Britta • Burkhardt • Bernhadr • Brunhild  
 Christine • Charly • Conny • Carla • Christa  
 Claudia • Christel • Carsten • Dietmar • Dielind  
 Dieter • Daniela • Detlev • Eberhard • Erich  
 Egon • Evelyne • Eva • Elke • Friedrich • Frank  
 Falk • Fritz • Friederike • Gerhard  
 Gunild • Gabi • Gustav-Adolf  
 Gunther • Gudrun • Heide  
 Helmut • Harald  
 Heinz  
 Ingrid • Iris • Jana  
 Jan • Jutta  
 Jörg • Juliane • Jeanine • Karl • Kris  
 Katja • Klaus-Peter • Kersti  
 Karin • Kornell • Ludwig  
 Landolf • Manfred • Marianne  
 Monika • Martina • Martin  
 Marlis • Maria • Nils • Nikolai  
 Oskar • Ossi • Otto  
 Peter • Pia • Patrick • Pauline • Ronald  
 Rainer • Ralf • Rosemarie • Roland • Renate  
 Rico • Ruth • Rolf • Regina • Robert • Rica  
 Siegfried • Simone • Sebastian  
 Steffen • Sabine • Thomas  
 Tave • Tino • Ulrich • Ute • Uwe  
 Ulf • Volker • Verena • Vivian  
 Wolfgang • Winfried • Walter • Xaver  
 Xander • Ypsilon • Yvonne • Zenon

**INGOLF**

**KLINGT AUCH NICHT SCHLECHT**

**PDS**



**Impressum**  
**Dresdner Blätt'l**  
 www.dresdnerblaettl.de

**Herausgeber:** Bildungsverein Rosa Luxemburg e.V., c/o Haus der Begegnung, Großenhainer Str. 93, 01127 Dresden. Die Seiten „Gläsernes Rathaus“ erscheinen im Auftrag der Linksfraktion im Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden, Dr.-Külz-Ring 19, 01069 Dresden

**Redaktion:** Reinhard Heinrich (hauptverantwortlich), Peter Herpichböhm (verantwortlich für Gläsernes Rathaus), Monika

Aigner, Manfred Beck, Petra Fischer, Christine Ostrowski, Anke Wendrich

**E-Mail:** redaktion@dresdnerblaettl.de, post@linksfraktion-dresden.de

**Tel.** 0351-4882818 (Linksfraktion.PDS)

**Satz und Gestaltung:** Christine Ostrowski

**Druck:** Lausitzer Rundschau Druckerei GmbH

Die Redaktion behält sich das Recht sinnwahrer Kürzungen. Eine Veröffentlichungsgarantie für eingesandte Artikel

sowie ein Anspruch auf Rücksendung dieser kann nicht übernommen werden. Namentlich nicht gekennzeichnete Beiträge werden nicht veröffentlicht. Veröffentlichte Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion wieder.

**Redaktionsschluss dieser Ausgabe:** 24.4.2009

**Nächste Ausgabe:** vorerst keine

**Fotos:** S.1. C. Ostrowski, S. 2, 3, 4, 5, 8, 9, 10, 11, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 27, 28 Fundus Stadtratsfraktion, S. 6,7 B.Lässig, internet, S. 11 M.Seidel, S. 20 A.Wendrich, P.Fischer, S. 22 T.Tonndorf

**Adressaufkleber**